

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 35. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien, die ich besonders herzlich begrüÙe.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Zur Tagesordnung gebe ich noch folgende Hinweise:

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu ergänzen erstens um die Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I Drucksache 15/1892 – Wahlvorschlag aller fünf Fraktionen – und zweitens um die Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II Drucksache 15/1964 – Wahlvorschlag aller fünf Fraktionen.

Die entsprechenden Drucksachen werden im Laufe des Tages zugestellt. Die Wahlvorschläge sollen als neue Tagesordnungspunkte 18 und 19 zur Abstimmung gestellt werden. Eine Beratung hierüber ist nicht vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wir können also entsprechend verfahren.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

1 Loveparade-Katastrophe endlich aufklären!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1955

Die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 16. Mai 2011 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragsstellenden Fraktion Frau Conrads das Wort. Bitte schön.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen auf der Tribüne! Der Anlass der heutigen Aktuellen Stunde ist ein trauriger, ein tragischer, ein katastrophaler Fall, ein Fall von organisierter Verantwortungslosigkeit. Sogar das Wort „Verbrechen“ habe ich im Zusammenhang mit der Love-Parade in Duisburg im Juli 2010 schon gelesen. „Schwarzer Samstag“, so betitelt der „Spiegel“ diese Woche den

Tag, der für Hunderttausende eine Party werden sollte, für 21 junge Menschen den qualvollen Tod und für Hunderte Menschen schlimme Verletzungen und Traumatisierungen bedeutete.

An anderer Stelle – das werden wir heute nicht schaffen können, das hätte aber längst passieren sollen – müssen wir intensiv darüber diskutieren, wie wir den Opfern über den Landesfonds hinaus helfen können, schnell und unbürokratisch Entschädigungen und Therapien zu bekommen. Die Opferanwälte sagen: Da ist noch eine Menge zu tun.

(Beifall von der LINKEN)

Aber nun zurück! Der obengenannte „Spiegel“-Artikel von dieser Woche ist Auslöser für diese erneute Thematisierung der Love-Parade. Denn der „Spiegel“ ist offenbar im Besitz eines Berichtes der Staatsanwaltschaft vom Januar. Was dort zu lesen ist, macht in mehrfacher Hinsicht fassungslos. Beim Lesen des Artikels ist mir regelrecht schlecht geworden.

Wir erinnern uns an die langen Sitzungen des Innenausschusses, in denen sich die Veranstalteranwälte, der OB aus Duisburg, Herr Sauerland, und das Innenministerium in unerträglicher Weise gegenseitig die Schuld zugeschoben haben. Genau das wird, wenn – ich betone nochmals: wenn – die Darstellung im „Spiegel“ stimmt, jetzt klar: Alle Beteiligten hatten Bauchschmerzen. Es war von Anfang an klar, dass die gesamte Veranstaltung mit enormen Risiken behaftet war. Aber alle haben diese zur Seite geschoben, Verantwortung auf den anderen abgewälzt, beide Augen zugedrückt – und damit die jungen Menschen, aber auch die Einsatzkräfte und die Lopavent-Helfer, alle, sehenden Auges in die Katastrophe rennen lassen.

Die Veranstaltung in Duisburg hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, wie der politische Druck, getrieben von Prestige und Profitstreben um jeden Preis, die Sicherheitsbedenken überlagert hat.

(Beifall von der LINKEN)

Klar wird auch, sehr verehrte Damen und Herren: Die Darstellungen im Innenausschuss von Innenminister Jäger und der obersten Riege der Polizeiverantwortlichen im Ministerium, die in einer Art vorseilender Nibelungentreue Verantwortung und größere Fehler bei der Polizei von sich gewiesen haben, sind so offenbar nicht zu halten. Denn aus der Berichterstattung – so sie dem uns allen noch immer unbekanntem staatsanwaltschaftlichen Bericht entspricht – wird mehr als deutlich, dass auch bei der Polizei offenbar entscheidende Fehler gemacht wurden, die zum katastrophalen Verlauf der Veranstaltung beigetragen haben. Lassen Sie mich kurz auf einige der Aspekte eingehen.

Es heißt, dass während des großen Zustroms an Personen vom und zum Veranstaltungsgelände ein Schichtwechsel bei den Polizeikräften vorgenommen wurde, obwohl bekannt war, dass das zu massiven Sicherheitsproblemen führt, und auch mehrfach davor gewarnt wurde. Es war klar, dass der Personalwechsel in die kritische Einsatzphase fallen würde. So konnten laut „Spiegel“ die Ketten im Tunnel, die einen weiteren Zustrom verhindern sollten, nicht gehalten werden, weil viel zu wenige Polizeibeamte vor Ort waren. Es gab ab einem bestimmten Zeitpunkt auch gar nicht mehr die Möglichkeit, noch weitere zu schicken, weil es so voll war, dass niemand mehr durchkam. Offenbar waren auch zu wenige Hundertschaften für diesen Tunnel- und Flaschenhalsbereich eingeplant. – Die Gewerkschaft der Polizei hat dem widersprochen. Was stimmt, wissen wir noch nicht.

Die Kommunikation zwischen Polizei und Veranstalter war offensichtlich ebenfalls ein verhängnisvolles Desaster. Die Aussagen über die Funktionsfähigkeit der Funkgeräte und die Vorrangschaltung, die Sie im Ausschuss getroffen haben, stehen den Aussagen, die jetzt im „Spiegel“ zu lesen sind, teilweise diametral entgegen. Es gab offenbar zu wenige Vorrangschaltungen. Und die wurden auch erst ab 21 Uhr abends geschaltet. So der Bericht.

Die Lautsprecheranlagen, mit denen Schlimmes hätte verhindert werden können und die von Polizei und Veranstalter hätten genutzt werden können, um Durchsagen zu machen, haben nicht funktioniert. Das wurde weder von der Stadt Duisburg noch von der Polizei geprüft. Warum hat man um 14 Uhr nicht reagiert, als es hieß „Zwei Ordner vor Ort, die die Zuschauerströme lenken sollen, reichen nicht aus“? Warum hat man nicht schon um 14 Uhr darauf reagiert?

Offenbar gab es nicht nur Warnungen aus Dortmund und Bochum, wo man gesagt hat: „Diese Veranstaltung ist hochgefährlich, auch in Dortmund hätte es schon Tote geben können“, sondern es gab auch massive Bedenken bei der Polizei. Es zeigt sich unter Umständen, dass die Polizei vor der geradezu wahnwitzigen Idee, die Love-Parade um jeden Preis in Duisburg durchzuführen, eingeknickt ist und ihre eigenen Sicherheitsbedenken nicht durchgesetzt hat.

Es ist ja nicht so, dass die Gefährdungspotenziale seitens der Polizei nicht erkannt worden sind. Aber leider haben die verantwortlichen Polizeibeamten offenbar nicht konsequent an ihnen festgehalten, sondern haben sich mit den halbherzigen und vagen Verbesserungsvorschlägen der Stadtverwaltung und des Veranstalters zufriedengegeben. Das ist ein Versäumnis, das man aus unserer Sicht der Polizeiführung anlasten muss.

Lassen Sie mich aber eines klar und deutlich sagen: Die Linke macht keinem einzelnen Beamten einen Vorwurf, der dort an dem Tag das eigene Leben ris-

kiert und versucht hat, andere zu retten. Die Beamten können teilweise froh sein, dass sie nicht selber in diesen Strom hineingesogen wurden. Ihnen gebührt unser Dank.

(Beifall von der LINKEN und von Holger Eilerbrock [FDP] – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind auch weit davon entfernt, zu behaupten, die Polizei und das Innenministerium seien Hauptschuldige bei diesen schlimmen Ereignissen. Im Gegenteil: Der Bericht offenbart Abgründe bezogen auf das Verhalten der Stadt und des Veranstalters. Auch die alte Landesregierung und Innenminister Wolf sind da in der Verantwortung.

Aber wir wollen wissen: Wer hat an welchen Stellen politischen Druck auf die Polizei und die verantwortlichen Behörden ausgeübt? Warum hat man alle Warnungen in den Wind geschlagen? Warum hat man sich trotz des windigen Veranstalterkonzeptes auf die Flickschusterei der Stadt eingelassen?

Herr Jäger und Herr Kutschaty, Sie haben die Fragenkataloge, die seit letztem Sommer vorliegen, in den Ausschüssen nicht beantwortet. Wussten Sie ab einem bestimmten Zeitpunkt, dass die Aussagen, die Sie getätigt haben, im Widerspruch zu den bisher ermittelten Erkenntnissen stehen? Wenn ja, dann hätten Sie doch – auch in geheimer Sitzung – die Möglichkeit gehabt, die gewählten Abgeordneten darüber zu informieren. Denn das ist das Recht des gewählten Parlaments. Warum muss das Parlament Informationen aus der Presse erfahren? Diese Informationspolitik ist beschämend.

(Beifall von der LINKEN)

Es steht dem Parlament zu, von der Landesregierung so umfassend und so früh wie möglich informiert zu werden, wenn die Exekutive schwere Fehler gemacht hat. Im Moment bleibt der Eindruck bestehen, dass Sie nicht aufklären wollen und dass Sie das Parlament ein Stück weit hinhalten. Machen Sie endlich Schluss damit! Stehen Sie zu Ihrer politischen Verantwortung – auch Sie, Herr Jäger! Wir fordern weiterhin eine lückenlose Aufklärung. Dazu sage ich gleich in der zweiten Runde noch etwas. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Conrads. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Droste.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kaum ein Ereignis in den zurückliegenden Jahren hier in Nordrhein-Westfalen hat uns mehr bestürzt und betroffen als die Katastrophe der Love-Parade im Juli des vergangenen Jahres in Duisburg, bei der 21

Menschen zu Tode gekommen sind und Hunderte Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

Immer noch ist unfassbar, wie es aufgrund mangelnder Organisation, fehlenden Problembewusstseins und individueller Fehler zu dieser Katastrophe kommen konnte. Dies restlos aufzuklären, ist nicht nur Gebot des Rechtsstaats, sondern auch den Opfern und ihren Angehörigen geschuldet – nicht zuletzt, damit sich ein solches Ereignis nie wiederholen kann.

So ist absehbar, dass die Love-Parade-Katastrophe von Duisburg die Ermittlungsbehörden, aber auch das Parlament und die öffentliche Diskussion noch über einen langen Zeitraum begleiten wird. Das ist auch richtig so; denn wir brauchen im Ergebnis sachliche und fundierte Kenntnisse sowie Antworten auf Fragen rund um die Katastrophe, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, wer persönliche Verantwortung tragen muss, das heißt, wer durch Fehlverhalten im Vorfeld oder während der Veranstaltung Schuld auf sich geladen hat.

Was wir nicht brauchen, sind ungesicherte Theorien, Spekulationen und nicht zuletzt auch Vorverurteilungen einzelner Personen, wie wir das in der Vergangenheit erlebt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Die Linke, der Anlass und Gegenstand dieser Aktuellen Stunde ist, löst bei mir verschiedene Gedanken aus. Einerseits ist es nachvollziehbar und richtig, dass Sie kritisieren, dass dieses Parlament wesentliche Informationen, die zur Aufklärung der Love-Parade-Katastrophe beitragen und die ganz offenbar seit Monaten bekannt sind, nicht erhält, dass diese Informationen ihm vielleicht sogar vorenthalten werden und Abgeordnete diese erst aus der Presse erfahren. Es erscheint gleichermaßen fragwürdig wie unverständlich und vielleicht auch ungesetzlich, dass Berichte der Staatsanwaltschaft an die Medien und speziell an die Redaktion des „Spiegel“ gelangen konnten.

Es muss daher heute die berechtigte Frage gestellt werden: War es die Landesregierung – wie Sie in Ihrem Antrag nahelegen – oder war es die Staatsanwaltschaft, die diesen wichtigen Ermittlungsstand an die Medien weitergegeben hat, bevor die Abgeordneten ihn zur Kenntnis nehmen konnten? Beides wäre ein ungeheuerlicher Vorgang. Auf diese Frage erwarten wir heute eine Antwort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema dieser Aktuellen Stunde – „Loveparade-Katastrophe endlich aufklären!“ – sollte aber auch mit einem weiteren Gedanken verbunden werden und sollte uns Anlass geben, einmal innezuhalten und eine weitere Frage zu stellen, die unterschwellig immer im Raum steht, aber offenbar nie offen angesprochen wird. Ich möchte angesichts der Be-

richterstattung über den aktuellen Stand der Ermittlungen die Frage stellen: Wie halten wir es eigentlich mit der Unschuldsvermutung? Wie halten wir es mit der durch Art. 1 des Grundgesetzes geschützten Würde des Menschen, die zu achten und zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist, und zwar auch im Rahmen von Ermittlungsverfahren?

Ich möchte diese Frage ganz explizit mit Blick auf die bisherige Beurteilung – oder vielleicht besser: Vorverurteilung – des Duisburger Oberbürgermeisters stellen. Damit kein Missverständnis aufkommt, vorab: Die Verantwortung Einzelner der Stadtverwaltung der Stadt Duisburg und damit auch die des Oberbürgermeisters – und vielleicht im Ergebnis auch nur seine Ressortverantwortlichkeit – muss nach wie vor restlos aufgeklärt werden. Wer aber die Zeit auf die Tage unmittelbar nach der Katastrophe zurückdreht, muss zu dem Ergebnis kommen, dass es speziell in der Person des Oberbürgermeisters zu einem unerträglichen Maß der Vorverurteilung gekommen ist, zu einem Zeitpunkt, an dem die Ermittlungen noch nicht einmal aufgenommen waren.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Rechtfertigungstheoretiker!)

Wie die nunmehr in der Presse veröffentlichten Berichte der Staatsanwaltschaft zeigen, ist die Frage der Verantwortlichkeit – die Kollegin der Linken hat das eben sehr deutlich gemacht – einzelner Beteiligter und der Institutionen und Körperschaften, die sie vertreten, bei Weitem nicht so einfach zu beantworten, wie es die ersten Verlautbarungen vermuten ließen, verbunden mit dem Ruf nach sofortigem Rücktritt und persönlicher Konsequenz.

Heute wissen wir, dass 16 Personen zum Kreis der Beschuldigten zählen – der Oberbürgermeister bislang nicht. Die Frage ist erlaubt: Was wäre geschehen, wenn der Oberbürgermeister dem Druck nachgegeben hätte und, wie gefordert, unmittelbar nach dem Ereignis zurückgetreten wäre? Der Sündenbock für alles wäre ausgemacht, und andere hätten möglicherweise aufatmen können.

(Beifall von der CDU)

Wahrscheinlich hätte kaum noch jemand die Rolle des Veranstalters, die Verantwortung von Mitarbeitern der Stadtverwaltung im Einzelnen, der örtlichen Sicherheitskräfte oder vielleicht auch der Polizei hinterfragt. Kaum jemand hätte sich dafür interessiert, ob die allzu frühe Erklärung des Innenministers, nach der das Innenministerium und die Polizei nicht in der Verantwortung stünden, den Tatsachen entspricht. Heute weiß man: Diese Auskunft war nicht nur voreilig und populistisch, diese Auskunft war schlicht falsch.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können versichert sein, dass ich mich heute nicht dazu

hinreißen lassen werde, mit der Unschuldsvermutung zugunsten einzelner Personen zu brechen, die zur Stunde im Fadenkreuz der Ermittlungen stehen. Gleichwohl erlaube ich mir den Hinweis, dass die Öffentlichkeit ein gutes Gedächtnis hat.

So zitieren etwa der „Spiegel“ in seiner aktuellen Ausgabe vom 16. Mai und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 17. Mai dieses Jahres den Innenminister wie folgt:

„Ich werde nicht zulassen, dass die Polizei als Sündenbock für die Fehler und Versäumnisse anderer herhalten muss.“

Da verwundert es sehr, dass das Innenministerium erst nach Berichten des WDR vom vergangenen Sonntag erklärt hat, dass man sich zu den nunmehr offenkundig gewordenen Problemen bei der Polizei erst äußern werde, wenn die ermittelnde Staatsanwaltschaft ihren endgültigen Bericht vorlegt.

Ich will keinen Zweifel daran lassen, dass es richtig ist, dass sich der Innenminister als oberster Dienstherr der Polizei naturgemäß an die Seite der Polizei stellt. Aber, Herr Minister, ich hätte mir gewünscht, wenn Sie diesen Heldenmut, den Sie ohne Sachkenntnis bei der Polizei gezeigt haben, auch als oberster Dienstherr der Kommunalaufsicht bewiesen hätten, als es darum ging, die Unschuldsvermutung des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg zu wahren, dessen Kinder in der schlimmsten Zeit nicht in die Schule gehen konnten, der öffentlichen Veranstaltungen fernbleiben musste und dem besondere Sicherheitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]:
Jetzt denken Sie einmal darüber nach, warum diese Situation eingetreten, ist Herr Droste! Frechheit!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die Zeit ist um!)

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich möchte daher meinen Beitrag mit dem Appell verbinden, dass bei aller Trauer und vielleicht auch Wut, die angesichts des Geschehenen viele begleitet, in Zukunft in erster Linie Sachlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und die Achtung der Würde einzelner Menschen den Maßstab bilden, anhand dessen die Love-Parade-Katastrophe aufgeklärt wird. Nur so kann restlos aufgeklärt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich – wie viele von uns das tun – auf diese Plenarwoche vorbereitete, schaute ich auf die Anträge aus den unterschiedlichen Fraktionen und freute mich auf Anträge zum Datenschutz und zu Syrien. Als ich dann jedoch die geänderte Tagesordnung mit dieser Aktuellen Stunde sah, habe ich mich schon gefragt, ob wir uns nicht im Rahmen der uns gegebenen Geschäftsordnung auch einmal über die Frage unterhalten müssen, wie man Aktuelle Stunden für den Landtag organisiert.

(Beifall von der SPD)

Herr Präsident, das ist Ihre Entscheidung. Die will ich auch überhaupt nicht kritisieren.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was soll das denn dann?)

Aber eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Loveparade-Katastrophe endlich aufklären!“ – das ist ja Ihr Text, Herr Kollege Sagel –, erweckt doch bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik den Eindruck, dass wir das hier und heute im Parlament könnten. Aber das können wir überhaupt nicht. Und das wissen Sie.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Zweimal abgelehnt worden! Geben Sie sich einmal einen Stoß!)

Deshalb werfe ich Ihnen auch mangelndes Fingerspitzengefühl vor. Sie trampeln hier auf den Gefühlen der Familien der 21 getöteten und der 500 Verletzten herum. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD – Ralf Michalowsky [LINKE]: Das machen Sie, indem Sie überhaupt nichts machen!)

Frau Kollegin Conrads, Sie habe Ihre Rede mit den Worten begonnen, Auslöser dieser Aktuellen Stunde sei der Artikel im „Spiegel“. Ich erkläre Ihnen das Parlament: Artikel in Zeitungen – ob im „Stahlhelm“, in „Neues Deutschland“ oder im „Spiegel“ – sind keine Auslöser für Aktuelle Stunden.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Sagen Sie bloß, Sie lesen „Neues Deutschland“? – Armin Laschet [CDU]: Was soll das denn?)

Auslöser für Aktuelle Stunden sind Anträge von Fraktionen.

Herr Dr. Droste, ich möchte Ihnen ausdrücklich für Ihre Rede danken, insbesondere für den Teil, in dem Sie sich mit der Unschuldsvermutung beschäftigt haben sowie damit, dass wir als Parlament an der Seite der Betroffenen stehen müssen.

Was ist nun die Grundlage dieser Aktuellen Stunde? Ein Bericht im „Spiegel“ vom Montag, dessen Aktualitätsgehalt auf Januar 2011 datiert, der auf einen Zwischenbericht der Staatsanwaltschaft zu-

rückgeht, der Grundlage der Erfassung von 16 Beschuldigten war!

Ich will auch deutlich sagen: Ich wäre sehr froh, wenn dieser Bericht der Staatsanwaltschaft, der um die 450 Seiten umfassen soll, nicht nur dem „Spiegel“, sondern dem gesamten Parlament bekannt wäre. An der Stelle geht es uns allen gleich. Deshalb möchte ich auch mein Unbehagen darüber formulieren

(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe von Armin Laschet [CDU] und von der LINKEN)

– Sie können zwar dauernd dazwischenschreien, aber stellen Sie doch eine Frage, Herr Kollege, dann sind wir damit doch fertig –, dass offensichtlich mehr als 20 Anwälte DVDs über die gesamten 15.000 Seiten erhalten – wohl auch der „Spiegel“ –, aber wir hier alle nicht.

Hätten Sie Ihrem Kollegen Droste zugehört, dann wüssten Sie, dass unser Rechtsstaat das leider nur so hergibt. Im Grundsatz finde ich das wie der Kollege Droste – auch richtig.

(Beifall von der FDP)

Denn die absolute Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, der Vorrang der Rechte der einzelnen Beschuldigten, die jetzt teilweise in Artikeln namentlich erwähnt werden – das sind die klaren Regeln unseres Rechtsstaates. Deshalb sage ich Ihnen das gerne noch einmal: Hören Sie Ihrem Kollegen Droste zu, der bestätigt, dass uns dieser Bericht nicht ausgehändigt werden kann. Nichts anderes hat er mit Hinweis auf die Staatsanwaltschaft gesagt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der LINKEN: Wo leben Sie eigentlich? – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, wenn Sie ...

(Zurufe – Unruhe)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Aufmerksamkeit. Das Wort im Rahmen dieser Aktuellen Stunde hat der Abgeordnete Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Aber so etwas kann man sich nicht anhören! – Unruhe von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Können Sie das zu Protokoll nehmen: Herr Laschet ist der Auffassung, die Landesregierung hat die Staatsanwaltschaft nicht im Griff!)

– Also, Herr Kollege Laschet, zum zwölften Mal: Wenn Sie eine Frage haben, stellen Sie eine.

In dem Artikel vom Montag, der Grundlage des Antrags der Linken ist, titelt der „Spiegel“: „Geheimakte

Love Parade“. Ich kenne keine Geheimakte. Es geht um einen Bericht der Staatsanwaltschaft. Der Untertitel lautet: „Die verhängnisvollen Fehler der Polizei“. Dann ist man geneigt, den „Spiegel“ zu kaufen, weil man denkt, dass man endlich etwas erfahren würde – auf den 1.161 Zeilen. Ich sage Ihnen, auf den 1.161 Zeilen gibt es nichts, aber auch gar nichts Neues. Über den Sachstand von Januar haben wir hier in Ausschusssitzungen schon sehr ausführlich diskutiert.

Ich frage mich: Was haben eigentlich die Familien der Opfer gedacht? Was haben die Verletzten gedacht, als sie in großen Zeitungsanzeigen die Ankündigung des „Spiegel“ gesehen haben: „Geheimakte Love Parade“? Die sind am Montag alle zum Kiosk oder wohin auch immer gelaufen, haben den „Spiegel“ gekauft und – davon bin ich fest überzeugt – waren der Meinung: Endlich erfahre ich es! Endlich weiß ich Bescheid, wer die Schuld trägt! Endlich weiß ich, warum mein Kind gestorben ist! Endlich werden diejenigen zur Verantwortung gezogen, um die es geht! – Und wenn sie diesen Artikel lesen, der Grundlage unserer Aktuellen Stunde ist, wissen sie nicht mehr als vorher. Vielmehr sagt man sich als Angehöriger: Jetzt weiß ich noch immer nicht, wer die Verantwortung trägt.

Das habe ich diesem Parlament, auch in allen Ausschusssitzungen, immer wieder gesagt: Wenn wir uns als Parlament mit der Love-Parade weiter beschäftigen wollen, dann muss die Kernaufgabe sein, dass wir uns mit den Opfer, und deren Angehörigen befassen, mit den Fragen, wie sie von den Opferanwälten zu Recht eingebracht werden: Wie geht es weiter, wenn die Ermittlungen noch lange dauern? Wie können wir das mit dem Schadensersatz klären? Welche Möglichkeiten gibt es für eine Opferstiftung?

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Aber keine Aufklärung, ne?)

Wie können wir denjenigen helfen, die bis heute psychische Hilfe benötigen und deswegen mit ihren Krankenkassen ringen? Wie können wir denjenigen helfen, die ihre Arbeitsplätze verloren haben? – Das muss doch das Thema sein, mit dem wir uns hier im Parlament beschäftigen.

Das tun wir aber auch dank dieser Aktuellen Stunde nicht. Das sage ich ganz deutlich. In dem Artikel findet keine Erwähnung, was die Polizei alles richtig gemacht hat. In dem Artikel findet keine Erwähnung, dass die Fehler von der Staatsanwaltschaft nicht benannt werden, dass sie als nicht strafrechtlich relevant klassifiziert werden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, haben Sie mit Ihrer Aktuellen Stunde bei den Menschen für weitere Verwirrung gesorgt. Es ist keine Aufklärung, sondern Verwirrung. Wir hätten uns diese Aktuelle Stunde beim besten Willen ersparen müssen. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD – Ralf Michalowsky [LINKE]: Da hätte ich mir bessere Worte gewünscht, Herr Stotko! Peinlich!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Herr Bolte das Wort.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Love-Parade 2010 denke ich, ehrlich gesagt, nicht zuerst an den Duisburger Oberbürgermeister, ich denke nicht zuerst an parlamentarische Verfahrensweisen, und ich denke nicht zuerst an einen komplexen Polizeieinsatz. Wenn ich an die Love Parade 2010 denke, dann denke ich vielmehr an 21 junge Menschen, die gestorben sind, bevor sie ihre Träume und Hoffnungen in die Tat umsetzen konnten,

(Beifall von der FDP)

an 500 Verletzte und noch mehr Traumatisierte.

(Beifall von den GRÜNEN, von der CDU, von der SPD und von der FDP)

Ich denke an die Retterinnen und Retter, an die Polizistinnen und Polizisten und auch an die Besucherinnen und Besucher, die im größten Chaos zugegriffen haben, um Gefallenen aufzuhelfen und Verletzte zu versorgen. Ich weiß, dass sie alle an ihre körperlichen und psychischen Grenzen geführt wurden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der FDP)

Ich denke auch an diejenigen – das muss ich zugeben –, die öffentlich alle Verantwortung von sich weisen, die vielleicht zu Recht an mancher Stelle den Zorn aus der Bevölkerung auf sich geladen haben.

Ich denke auch an diejenigen, die Trost gespendet haben, so wie es Frau Ministerpräsidentin Kraft im Trauergottesdienst zur Love-Parade getan hat. Und ich denke an die Menschen, die Hilfe geleistet haben, so wie der von der Landesregierung eingesetzte Ombudsmann, Herr Riotte.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD, von der CDU und von der FDP)

Ich denke auch ganz persönlich zurück – und ich kann mir vorstellen, dass ich damit nicht der Einzige bin – an Stunden der Ungewissheit, ob Freunde oder Kollegen, die in Duisburg dabei waren, es geschafft haben, wohlbehalten zurückzukommen. Und ich denke an Gespräche mit Menschen, die mir ihr Erlebnis mitgeteilt haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns hieran erinnern, dann fällt es uns vielleicht etwas leichter, die politischen Relationen zu wahren. In diesem Rahmen gilt es dann auch zu schauen, was der Anlass dieser Aktuellen Stunde ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, Sie haben den Bericht des „Spiegel“ zum Anlass genommen, die Love-Parade erneut auf die Tagesordnung des Landtages zu nehmen. Diese Vorabmeldung des „Spiegel“ vom Wochenende versprach uns tatsächlich Neuigkeiten zu der Frage, die uns alle – da nehme ich niemandem in diesem Haus aus – seit dem 24. Juli 2010 umtreibt: Wie konnte das passieren, was passiert ist?

Ich muss gestehen, dass dieser „Spiegel“-Artikel nicht wesentlich über das hinausgekommen ist, was parlamentarischer Beratungsstand ist, und zwar bereits seit August letzten Jahres.

Ich habe aus diesem Artikel drei größere Schuldzuweisungen destilliert: Da ist zum einen das Thema „Schichtwechsel bei der Polizei“ bei der Love-Parade. Dazu möchte ich aus dem Protokoll der Innenausschusssitzung vom 4. August 2010 den Bericht vom Inspekteur der Polizei, Dieter Wehe, zitieren:

„Um 15:30 Uhr wurden die Bereitschaftspolizeikräfte planmäßig ausgetauscht. Es handelte sich“

– bei diesem Austausch auf der Rampe, weil das in einem anderen Zusammenhang stand –

„nicht um eine polizeiliche Sperre.“

Das ist nun wirklich keine Neuigkeit. Bislang wurde das hier auch nicht problematisiert. Ich sage aber ganz ehrlich: Wenn darin Probleme gesehen werden, dann bin ich durchaus dafür, das an dieser Stelle offen zu thematisieren. Das ist kein Problem. Wir haben ja im Landtag den Auftrag dazu.

Der zweite Punkt, den ich anders gesehen habe, ist, dass die Polizei ihre Bedenken nicht rechtzeitig eingebracht hätte. Diesen Vorwurf weise ich nun wirklich eindeutig zurück. Ich zitiere wieder Polizeiinspekteur Wehe aus der gleichen Innenausschusssitzung:

„Die Polizei Duisburg hat im Vorfeld der Veranstaltung Sicherheitsbedenken für den nicht zu ihrem Verantwortungsbereich gehörenden Teil, insbesondere zu den Tunneln und zu dem Rampenbereich, vorgetragen.“

Weiter führte er dort aus:

„Dazu erklärte die von der Stadt Duisburg beauftragte Anwaltskanzlei ... – ich zitiere –:

Anregungen, insbesondere der Polizei, wurden geprüft und, soweit von Sachverständigen für sinnvoll erachtet, umgesetzt.“

Ich muss dazusagen, dass die Polizei nebenher noch den Auftrag hatte, die Duisburger Innenstadt vollständig zu sichern, und für einen riesigen Einsatzraum dort die Gefahrenabwehr übernommen hatte. Auch dieser Einsatz war kritisch genug, nachdem wir von Anfang an eine sehr kritische La-

ge hatten, als der Veranstalter das Gelände nicht rechtzeitig geöffnet hat.

Der dritte Punkt ist die Behauptung, der Innenminister habe der Polizei einen Freibrief erteilt. Dazu zitiere ich Innenminister Jäger aus der gleichen Sitzung:

„Zudem möchte ich Folgendes feststellen. Ich hatte schon eingangs gesagt, dass ich glaube, dass ein Einsatz der Polizei in einer solch großen Dimension nicht fehlerfrei verläuft. Deshalb sind die Fragen in Richtung Polizei, Herr Biesenbach und Herr Engel, nicht nur gestattet, sondern ausdrücklich erwünscht.“

Ich glaube, das ist eine Grundlage, auf der wir hier miteinander arbeiten sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir sollten dort Fragen stellen, wo es sinnvoll ist. Hier in diesem Haus – das ist mir wirklich wichtig – stellt auch niemand Persilscheine aus.

Insofern könnte man fast sagen: Im Westen nichts Neues in Sachen Love-Parade. Warum nichts Neues? – Ganz einfach: weil wir – Herr Droste, ich bin Ihnen ausdrücklich dankbar dafür, dass Sie darauf hingewiesen haben, wie die Justiz in diesem Land arbeitet – in einem Rechtsstaat mit einer unabhängigen Justiz leben.

Die Staatsanwaltschaft arbeitet mit Hochdruck an einem gigantischen Ermittlungsverfahren. Sie arbeitet an der Klärung der Umstände, die zu dieser Katastrophe geführt haben. Seit Anfang dieses Jahres gibt es 16 Beschuldigte, gegen die konkret ermittelt wird. Es ist meine feste Überzeugung, dass man in einem Verfahren, das eine solche Tragweite hat, nichts übers Knie brechen darf.

Zur Unabhängigkeit der Justiz gehört eindeutig – das ist mir auch wichtig –, den Ermittlern genügend Zeit zu geben und nicht alle vier Wochen über Medien oder über parlamentarische Debatten die Staatsanwaltschaft unter Druck zu setzen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bekräftige an dieser Stelle für mich und für die grüne Fraktion das, was wir immer gesagt haben: Wir sind bereit, an der parlamentarischen Aufarbeitung dieser Katastrophe mitzuwirken.

Ich habe im letzten Jahr immer wieder an Sie alle appelliert und tue das heute erneut: Lassen Sie uns die Love-Parade nicht zu einer Sau machen, die alle vier Wochen durchs Dorf getrieben wird. Lassen Sie uns die Gemeinsamkeit, die wir am Anfang in dem Bemühen um die Aufklärung dieser Tragödie und dieser Katastrophe hatten, nicht aufgeben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht heute nicht darum, einzelnen Polizeibeamten Vorwürfe zu machen, sondern darum, Führungsversagen aufzuheben.

Vorwürfe gegen die Polizei, die jetzt in einem Bericht der Staatsanwaltschaft laut dem aktuellen „Spiegel“ detailliert benannt werden, ergeben sich nun aus der Polizei selbst. Minister Jäger hatte früher immer betont, allein Veranstalter und Stadt Duisburg wollten der Polizei die Verantwortung zuschustern. Diese Verantwortung, ja das Versagen von Stadt und Veranstalter listet der „Spiegel“ zu Recht schonungslos auf.

Von der Staatsanwaltschaft wird es akribisch auf rund 400 Seiten aufgeführt. Die Staatsanwaltschaft listet sauber und zeitlich geordnet die Fehler der Polizeiführung auf; denn sie geht von einer Summe von Fehlern beim Veranstalter Lopavent, der Stadt Duisburg und eben auch der Polizei aus. Diese polizei-eigenen Fehler wurden in zahlreichen Vernehmungen gerade von den eingesetzten Polizeibeamten selbst benannt, die schwere Versäumnisse ansprechen und auch Vorwürfe gegen den eigenen Polizeieinsatz erheben. Mehrere Hundert Polizisten wurden von den Ermittlern mittlerweile vernommen.

Damit bekommt die Sache eine neue Dimension – vor allem auch, was den Umgang des, sage ich hier einmal, Polizeiministers Jäger in seinem Hause mit dem Parlament und der vorher wortreich versprochenen Transparenz angeht.

Die FDP-Fraktion hat nämlich frühzeitig selbst die vielen Videos, Filme, Bilder und Berichte in präziser und aufwendiger Kleinarbeit ausgewertet und in Summe über 200 kritische Fragen gestellt. Das gehört zum Selbstverständnis dieses Parlaments.

(Beifall von der FDP)

Es gab umfangreiche Fragenkataloge, teilweise sogar bebildert, mit Sequenzen der Videos, mit genauen Zeitangaben.

Die Antworten des Ministeriums waren knapp, bewusst unpräzise, ausweichend und oft nichtssagend. Vielfach wurde eine Antwort auf berechnete Fragen schlicht verweigert. Herr Polizeiminister Jäger, Sie haben Sachverhalte auf Nachfrage in Abrede gestellt, die wir per Videobilder belegt hatten. Beispielsweise haben Sie eine vierte Polizeikette geleugnet. Sobald kritische Fragen zum Polizeieinsatz kamen, wurde das von Ihnen wie ein Tabubruch und ein unerhörter Vorgang behandelt, gar als schäbig bezeichnet.

Heute kann ich für mich und meine Fraktion sagen: Herr Polizeiminister Jäger, wenn das tatsächlich al-

les so in dem Bericht der Staatsanwaltschaft steht, wie es der „Spiegel“ auf den Punkt bringt, dann müssen Sie sich nicht nur im Parlament entschuldigen; dann ist Ihnen amtlich nachgewiesen, dass Sie gegenüber dem Parlament eiskalt und berechnend getäuscht, getarnt, geschönt und getrickst haben,

(Zurufe von der SPD)

und zwar darüber, dass hinsichtlich der Polizeiführung und polizeilicher Planung offenbar schwerwiegende Fehler vorliegen.

Der „Spiegel“ schreibt – Zitat –:

„Es geht nicht um unglückliche Umstände, es geht um unfassbares Unvermögen. Nicht um schicksalhafte Wendungen, sondern um krasses Versagen. ...

Das Versagen der Polizei ergibt sich aus der Summierung von Unzulänglichkeiten, aus der Verkettung von Fehl- oder Nichtentscheidungen, ...“

Wer im Innenausschuss erklärt – ich sage es jetzt mit meinen Worten –, „es gab kein Kräfteproblem“ und „eine Vorrangschaltung ist komplett für den gesamten Einsatzzeitraum eingerichtet worden“, der hatte entweder keine Ahnung oder wollte wohl vor allem den Ruf der Polizei schützen. – Zitat Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Planungsphase ist die Polizei bei ca. 16 Treffen der Arbeitsgruppe „Sicherheit“ zugegen. Der Düsseldorfer Polizeidirektor soll zuletzt deutliche Worte über das Nadelöhr Tunnel und Rampe als gleichzeitiger Ein- und Ausgang gefunden haben, nämlich klar sicherheitsrelevant mit der Gefahr des Wegezusammenbruchs.

Ich habe in zahlreichen Ausschusssitzungen gefragt, wer das Einvernehmen für die Polizei erteilt hatte. Innenminister Jäger hat uns stets erzählt, dass allein das Fehlen eines Widerspruchs reiche, damit das Einvernehmen hergestellt sei. Jetzt belegt scheinbar die Staatsanwaltschaft, dass es ein Ja von der Polizei bedurft hätte und dieses fehlte, so dass die Genehmigung formal rechtswidrig war.

Mehrfach haben wir detailliert den Schichtwechsel hinterfragt. Der Einsatzführer der 15. Kölner Polizeihundertschaft hat den Ermittlern selbst über einen fatalen Schichtwechsel auf einer von Besuchern völlig überfüllten Rampe mit einer Übergabezeit von wohl nur wenigen Minuten berichtet. Das habe die Konsequenz gehabt, dass nicht genug Zeit geblieben sei, sich im Einsatzgebiet zu orientieren und – Zitat – vor die Lage zu kommen, und man aus dem Stand in der eskalierenden Lage sofort habe agieren müssen, in der absehbar heißesten Phase von 15 bis 18 Uhr und obwohl der Crowd-Manager seit 15:15 Uhr die Polizei um Hilfe gebeten hatte.

Dass es in den beiden Stunden vor der großen Abschlusskundgebung einen massiven Besucherzu-

lauf geben würde, war nach der Besuchersimulation der polizeilichen Einsatzplanung, die dem Innenministerium laut Powerpoint-Präsentation vom 16. Juli bekannt war, absehbar. Auch die kritische Rampe, der Tunnel, im Vorfeld als sicherheitskritisch eingestuft, war bekannt, und der Veranstalter soll die Polizei vorab informiert haben, dass die Polizei gegebenenfalls aufgrund zu hohen Besucherandrangs um ca. 16 Uhr die Zugänge sperren müsste.

Trotz alledem plant man anscheinend eine zu geringe Kräftestärke ein, verändert die Dienstzeit von 11 Uhr morgens bis zwei Uhr nachts durch einen zeitlich merkwürdig gewählten Schichtwechsel auf der Rampe mitten im stärksten Besucherzulauf, mitten im größten Gedränge. Während der Plan für den Einsatzraum West und Ost eine fließende Ablösung vorsieht – siehe Seite 25 der PowerPoint-Präsentation –, werden die Einsatzkräfte im risikoreichsten Raum, der trogartigen gefährlichen Rampe und im gefährlichen Tunnel, laut Plan abrupt ausgetauscht.

Die Hundertschaften Bielefeld, Recklinghausen und Münster gehen nach nur sieben Stunden aktiver Einsatzzeit, die 15. Hundertschaft aus Köln, zwei Hundertschaften aus Bochum und Dortmund kommen um halb vier für zehn Stunden aktiven Einsatz bis Mitternacht. Sie können das im Kräftekonzept nachlesen.

Warum hatten die Hundertschaften auf der Veranstaltungsfäche nur sieben Stunden aktive Einsatzzeit von 9 bis 16 Uhr und die Hundertschaften in allen anderen Bereichen zehn Stunden, etwa wie im „Raumschutz West“ die 12. Hundertschaft mit einer Dienstzeit von 13 bis 23 Uhr? Wohl eine krasse Fehlplanung!

Der Innenminister hat uns am 4. August im Innenausschuss wie folgt berichtet: Es habe am 16. Juli eine Vorbesprechung im Innenministerium gegeben. Dort habe das Polizeipräsidium Duisburg die Lage dargestellt. Es ging massiv um die Fragestellung, welche Kräfte zur Unterstützung gebraucht würden.

Es ist die Aufgabe des Innenministeriums, dafür zu sorgen, dass die Polizeibehörden die erforderlichen Personalkräfte und die erforderlichen Führungsmittel bekommen. Es gab kein Kräfteproblem auf polizeilicher Seite. – Zitat Ende.

Die Einsatzleiter sollen nun über die konkreten Dienstzeiten fassungslos gewesen sein, und augenscheinlich haben doch Kräfte gefehlt, wenn schon um 13:45 Uhr die Vereinzelungsanlage West überrannt zu werden drohte und um 15:00 Uhr der Crowd-Manager die Polizei um Hilfe bat und zu diesem Zeitpunkt wusste, dass es zu wenige Ordner bzw. Pusher gab, das Gelände zu spät geöffnet wurde und ein enormer Druck auf die Vereinzelungsanlagen herrschte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache in der zweiten Runde ergänzende Ausführungen zu diesem Teil. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ende der Love-Parade zählt zu den größten Katastrophen in Nordrhein-Westfalen. Wenn 21 Menschen sterben und Hunderte verletzt werden, dann muss gefragt werden: Wie konnte das passieren? Wer trägt die Schuld?

Ich habe als Duisburger die Vorgeschichte „Love-Parade“ erlebt, und ich kann die Verbitterung nach der Katastrophe verstehen. Es ist Verbitterung über Tote, über Verletzte und darüber, dass der Eindruck entstand, jeder will dem anderen den Schwarzen Peter zuschieben, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch. Niemand hat bisher Verantwortung übernommen, und ich kann die Fassungslosigkeit darüber nachvollziehen.

Inzwischen ist die Staatsanwaltschaft bei der juristischen Aufklärung der Katastrophe einige Schritte weiter. Wir als Ministerien, als Landesregierung haben ihre Arbeit in vollem Umfang unterstützt. Am Ende muss auch eine Antwort da sein: Wer hat Verantwortung zu übernehmen?

Es ist immer wieder diskutiert worden, ob aufseiten der Polizei Fehler gemacht worden sind. Ich habe von Anfang an gesagt – manche mögen sich daran nicht erinnern wollen –: Es ist unwahrscheinlich, dass ein Polizeieinsatz dieser Dimension fehlerfrei verläuft, wenn das Sicherheitskonzept des Veranstalters gleich zu Beginn zusammenbricht.

Es geht um eine juristische Bewertung dieser Fehler. Haben diese zur Katastrophe geführt? Weder dem Justizminister noch mir als Innenminister liegt der Einleitungsvermerk der Staatsanwaltschaft vom 17. Januar 2011 vor. Darin werden aber erstmalig Beschuldigte benannt. Auch die Ermittlungsakte, meine Damen und Herren, liegt uns nicht vor.

Das Justizministerium hat sich als beteiligtes Ressort zur Vorbereitung dieser Aktuellen Stunde vom Leitenden Oberstaatsanwalt in Duisburg zu den Presseveröffentlichungen der letzten Tage berichten lassen. Mit Schreiben vom gestrigen Tag, das ich gestern Abend erhalten habe, hat das Justizministerium mein Haus im Zuge der Ressortbeteiligung über Inhalte des Berichts des Leitenden Oberstaatsanwalts informiert, soweit dies für die heutige Aussprache erforderlich ist.

Ich bin daher heute Morgen in der Lage, Ihnen in Abstimmung mit Justizminister Kutschaty Näheres

zu den Medienberichten der letzten Tage und den angesprochenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vortragen zu können.

Ich kann das deshalb tun, weil der Leitende Oberstaatsanwalt in Duisburg und der Generalstaatsanwalt in Düsseldorf gegen eine Veröffentlichung keine Bedenken haben. Eine Gefährdung der Ermittlungen bei den angesprochenen Punkten sei zu dem jetzigen Verfahrensstand nicht mehr zu befürchten.

Auf der Grundlage der von dem Leitenden Oberstaatsanwalt berichteten Kernpunkte fasse ich die wie folgt zusammen:

Es gab keine strafbare Pflichtverletzung durch Polizeibeamte im Genehmigungsverfahren.

(Sören Link [SPD]: Hört, hört!)

Es gab weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht Anhaltspunkte für eine dienstpflicht- bzw. sorgfaltspflichtwidrige Ablösung der Polizeikräfte im Polizeiraum.

(Sören Link [SPD]: Aha!)

Es gab keinen Anfangsverdacht für Sorgfaltspflichtverletzungen bei der Errichtung von Polizeiketten.

Ich will jetzt gerne zu Details kommen. Zur Rolle der Polizei im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren ist festzustellen, dass nach Ansicht der Staatsanwaltschaft strafbewährte Pflichtverletzungen durch Polizeibeamte im Genehmigungsverfahren nicht feststellbar sind.

In der Planungs- und Genehmigungsphase bestand demnach für die Polizei bereits in formeller Hinsicht kein Anlass, aus Gründen der Gefahrenabwehr einzuschreiten. Die Gefahrenabwehr oblag insoweit nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft ausschließlich der zuständigen Genehmigungsbehörde. Im Übrigen ergaben die Ermittlungen, dass der Polizei die am 23. Juli 2010 erteilte Nutzungsänderungsgenehmigung des Bauordnungsamtes der Stadt Duisburg nur ohne Anlagen, namentlich ohne Endfassung des Sicherheitskonzeptes, erst am Veranstaltungstag vorlag. Das gesetzlich erforderliche Einvernehmen mit der Polizei lag mithin nicht vor.

Im Hinblick auf das Handeln der Polizei am Veranstaltungstag ergab sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft erst mit Beginn der kritischen Menschenverdichtung im Rampenbereich eine strafrechtliche Verantwortung für einzelne Polizeibeamte. Letztlich ist ein Anfangsverdacht gegen einen Polizeibeamten bejaht worden. Hierbei handelt es sich um den Einsatzleiter des Polizeieinsatzes. Weitere Vorwürfe gegen die Polizei haben bislang nicht zur Annahme eines Anfangsverdacht geführt.

Die Staatsanwaltschaft stellt in ihrem Einleitungsvermerk vom 17. Januar 2011 zum Ablösezeitpunkt der Kräfte, also zum Schichtwechsel im Einsatzab-

schnitt „Schutz der Veranstaltung“ Folgendes fest – ich zitiere aus dem Bericht des Justizministers –:

„Es gab weder in tatsächlicher noch in rechtlicher Hinsicht Anhaltspunkte für eine dienstpflicht- bzw. sorgfaltspflichtwidrige Ablösung der Polizeikräfte.“

In Zusammenhang mit der Errichtung von Polizeiketten im Tunnel- und Rampenbereich ergab sich kein Anfangsverdacht für Sorgfaltspflichtverletzungen. Der Einsatz einer ausreichenden Anzahl so genannter Pusher am Rampenkopf des Veranstaltungsgeländes war Bestandteil des Sicherheitskonzeptes des Veranstalters und lag daher ausschließlich in seinem Verantwortungsbereich. Der Umstand, dass gegebenenfalls eine zu geringe Zahl an entsprechenden Mitarbeitern des Veranstalters eingesetzt wurde, löst keine strafrechtliche Garantspflicht eines einzelnen Polizeibeamten aus. Ein gesonderter Hinweis der Polizei an den Veranstalter erschien nach Feststellung der Staatsanwaltschaft entbehrlich, da die Polizeibeamten davon ausgehen durften, dass der Veranstalter den Einsatz der Pusher ordnungsgemäß koordiniert und überwacht.

Zu dem Einsatz der Verbindungsbeamten der Polizei im Container des sogenannten Crowd-Managers gelangt die Staatsanwaltschaft zu folgenden Feststellungen: dass der Verbindungsbeamte des Frühdienstes selbst angegeben hat, nicht über ein Funkgerät verfügt zu haben. Ob der Verbindungsbeamte des Spätdienstes über ein solches verfügte, konnte nicht abschließend geklärt werden. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft konnte diese Frage jedoch nach dem Ermittlungsstand dahinstehen, da der Polizeibeamte zum entscheidenden Zeitpunkt seinen Abschnittsführer mittels Mobilfunktelefon über die Leitstelle erreichte und über den Wunsch des Crowd-Managers, diesen persönlich zu sprechen, informierte, worauf dieser sich unverzüglich in den Container begab.

Auch sind strafbewährte Sorgfaltspflichtverstöße gegen einzelne Polizeibeamte hinsichtlich der unzureichenden Lautsprecher- und Alarmierungsanlagen nicht ersichtlich. Die Errichtung einer solchen Anlage oblag dem Veranstalter. Die Überwachung der Einrichtung der Anlage oblag der zuständigen Genehmigungsbehörde. Nach Feststellungen der Staatsanwaltschaft wäre der Einsatz polizeilicher Lautsprecherkraftwagen nicht geeignet gewesen, die fehlende Lautsprecheranlage zu kompensieren.

Sofern im Zusammenhang mit den Ereignissen an den sogenannten Vereinzelungsanlagen, also diesen Sperrern am Tunneleingang, des Veranstalters Vorwürfe gegen die Polizei erhoben wurden, ist hierzu im Einleitungsvermerk vom 17. Januar 2011 der Staatsanwaltschaft im Ergebnis Folgendes festgestellt – ich zitiere –:

Um 15:55 Uhr erfolgte die Schließung der Vereinzelungsanlage West aufgrund einer Anordnung des

durch den Veranstalter eingesetzten Crowd-Managers, die dieser in Anwesenheit von zwei Polizeibeamten um 15:50 Uhr getroffen hatte. Die Sperrung der Vereinzelungsanlage West wurde jedoch um 16:02 Uhr durch die Ordner des Veranstalters kurzfristig wieder aufgehoben. Nach Auskunft des für die Vereinzelungsanlage Verantwortlichen des Veranstalters soll dies aufgrund einer Anordnung eines bislang nicht ermittelten Polizeibeamten zur Verringerung der Drucksituation an der Düsseldorfer Straße geschehen sein.

Der vorerwähnte Zeuge hat den fraglichen Polizeibeamten indes nur sehr vage beschrieben. Trotz größter Anstrengungen der Staatsanwaltschaft konnte dieser Polizeibeamte bisher nicht ermittelt werden. Durch Vernehmungen der vor Ort eingesetzten Polizeibeamten und Ordner des Veranstalters konnten die Angaben zu dem vermeintlichen Polizeibeamten ebenfalls in keiner Weise belegt werden. – Zitat Ende.

Hinsichtlich des Geschehens an der Vereinzelungsanlage Ost steht ein Sorgfaltpflichtenverstoß durch einzelne Polizeibeamte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht in Rede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Themen „Funkprobleme der Polizei“ und „Vorrangschaltung“ waren ebenfalls bereits mehrfach Gegenstand parlamentarischer Erörterungen. Die am Veranstaltungstag unzweifelhaft vorliegenden Funkprobleme dürften nach Feststellungen der Staatsanwaltschaft in den baulichen Gegebenheiten begründet sein. Funkprobleme im Einsatz sind allerdings nicht derart ungewöhnlich, als dass sie nicht durch andere Kommunikationsmittel kompensiert werden können. Dies erfolgt üblicherweise durch den Rückgriff auf Handykommunikation.

Ein vollständiger Ausfall der Funkkommunikation am Veranstaltungstag lag nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht vor. Vor diesem Hintergrund konnte ein kausales Fehlverhalten einzelnen Polizeibeamten nicht zur Last gelegt werden. Entgegen den Erwartungen der Polizeiführung hat es am Veranstaltungstag auch Probleme mit der Kommunikation über Mobiltelefone gegeben. Die Polizeiführung hat sich nach Feststellungen der Staatsanwaltschaft in erheblichem Umfang – durch Absprache mit den Netzbetreibern, insbesondere mit der Firma Vodafone, sowie unter Einbindung der Fachdienststelle der Polizei, dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste – um eine Vermeidung von Kommunikationsproblemen bemüht. Davon ausgehend handelte sie in dem Glauben, das Erforderliche veranlasst zu haben.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft war festzustellen, dass tatsächlich zum Zeitpunkt des Unglücks eine Bevorratung der Mobilfunkanschlüsse der einzelnen Einsatzkräfte weder beantragt noch geschaltet war. Nach Bewertung der Staatsanwaltschaft wären

Kommunikationsprobleme aufgrund von Netzüberlastung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht oder nur im wesentlich geringerem Umfang aufgetreten, wenn die entsprechenden Rufnummern zur Nutzung der Vorrangschaltung vorbereitet gewesen wären und wenn im Rahmen der konkreten Einsatzplanung bei den Mobilfunknetzbetreibern die Einschaltung der Bevorrechtigung für den Veranstaltungsbereich in Auftrag gegeben worden wäre.

Einen vollständigen Ausfall der Handykommunikation gab es nicht. Unabhängig von der Frage des Ausmaßes der Kommunikationsschwierigkeiten erschien jedoch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Annahme der Kausalität des Pflichtwidrigkeitszusammenhangs im Hinblick auf den Tod von 21 Besuchern der Love-Parade und den zahlreichen Verletzten nicht begründbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde auch vielfach darüber spekuliert, ob die unzureichende Abdeckung eines Kanalschachtes durch einen Metallgitterzaun im Bereich der Rampe zum Unglück beigetragen haben könnte. Insoweit war bereits die Verantwortlichkeit eines Polizeibeamten in tatsächlicher Hinsicht nicht ausreichend und nicht zureichend belegbar. Im Übrigen fehlt es auch an Anhaltspunkten für die Kausalität einer sorgfaltspflichtwidrigen Abdeckung für den Tod der 21 Besucher der Love-Parade bzw. für die Vielzahl an Verletzten. Im Rahmen der Obduktion wurden keine Verletzungsbilder festgestellt, die auf einen Sturz oder eine Verletzung aufgrund des Gitters schließen lassen.

Abschließend hat der Leitende Oberstaatsanwalt in Duisburg dem Justizminister berichtet. Der Aktenumfang hat nach Fertigstellung des Einleitungsvermerkes um mehr als 6.500 Blatt – insbesondere infolge zahlreicher Vernehmungen – zugenommen. Das Verfahren richtet sich gegen 16 Beschuldigte. Sie wissen aus Presseberichten, dass sich die Beschuldigungen gegen elf Mitarbeiter der Stadtverwaltung Duisburg, gegen vier Mitarbeiter der Firma Lopavent und gegen einen Polizeibeamten richten. Eine Ausweitung der Ermittlungen auf weitere Polizeibeamte sei derzeit nicht beabsichtigt und vom Pressesprecher der Staatsanwaltschaft zu keinem Zeitpunkt angekündigt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soweit zum derzeitigen Stand der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Rolle der Polizei. Das war die juristische Aufarbeitung, die bekanntlich noch nicht abgeschlossen ist. Wichtig ist mir: Für die Zukunft ist entscheidend, dass sich eine solche Katastrophe möglichst nie wieder wiederholen kann. Ich sehe meine Aufgabe als Minister darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Kommunen und Polizei ermöglichen, partnerschaftlich und erfolgreich zusammenzuarbeiten, um Großveranstaltungen sicherer zu machen. Aber richtig ist auch: Seit August

vergangenen Jahres dürfen Großveranstaltungen nur dann stattfinden, wenn die Polizei bereits zur Genehmigung ihr Einvernehmen erklärt hat. Falls Sicherheitsbedenken der Polizei nicht berücksichtigt werden, wird die Bezirksregierung eingeschaltet. Das ist der Stand aufgrund meines Erlasses vom August letzten Jahres.

Meine Damen und Herren, es ist unser gemeinsames Ziel, dass die Menschen in NRW unbeschwert und sicher gesellschaftliche Ereignisse und Feste besuchen können. Ich weiß, dass es zum politischen Wettbewerb – auch der Opposition – gehört, die Landesregierung zu attackieren. Das mache ich nicht persönlich zum Vorwurf, im Gegenteil. Das ist Ihre Aufgabe. Gleichwohl stelle ich für mich persönlich fest, dass in der Politik die Lebensweisheit gilt: Wer in die Küche geht, muss Hitze vertragen. Und als Hobbykoch kann ich davon eine Menge vertragen.

Ich will nur noch in Bezug auf den einen oder anderen Wortbeitrag bzw. den einen oder anderen Artikel der letzten Tage darauf aufmerksam machen – das gilt auch für die eine oder andere Darstellung heute Morgen –, dass man nicht mich trifft, sondern andere.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie treffen zuallererst diejenigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die im Einsatz waren und zum Teil heute noch traumatisiert sind und Hilfe brauchen. Sie hatten ein Erlebnis – wörtliches Zitat –, vor einem Menschenknäuel zu stehen, als wären Schwerverletzte und Tote auf einer Palette gestapelt. Die treffen Sie damit. Darüber hinaus treffen Sie damit die übrigen rund 42.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, ich möchte Sie auf die Redezeit aufmerksam machen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Eine Minute. – Warum treffen Sie die? Ich will versuchen, das mit einem Bild zu verdeutlichen. Wenn auf hoher See ein Schiff wegen Konstruktionsmängeln sinkt, dann ist der Konstrukteur verantwortlich, und man sollte nicht die herbeieilenden Rettungskräfte zur Rettung der Schiffbrüchigen attackieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und Sie treffen damit zuletzt auch die Angehörigen, mit denen ich gesprochen habe, mit denen aber vor allem auch die Ministerpräsidentin gesprochen hat. Das waren übrigens keine sehr einfachen Gespräche. Welchen Eindruck macht das in einer Situation, wo längst noch nicht geklärt ist, wer Verantwortung hat und wer diese übernimmt, und wo schon lange nicht geklärt ist, wer Schuld hat, was manchmal für Betroffene in einem Rechtsstaat quälend lange

dauert? Was mögen die denken, wenn so manche Debatte verfolgt wird und so mancher Artikel in den Zeitungen gelesen wird?

(Zuruf von Armin Laschet [CDU]: In der Tat!
– Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber sollten wir vielleicht mal alle gemeinsam, Herr Laschet, nachdenken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Der Ordnung halber möchte ich darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit gerade um 10 Minuten überschritten hat. Das Präsidium war allerdings der Auffassung, dass vor dem Hintergrund dieses besonderen Themas bzw. dieser Tragödie von Duisburg die Mitteilungen des Innenministers auch für die Öffentlichkeit wichtig waren. Deswegen haben wir diese Zeitüberschreitung bei der Rede des Innenministers zugelassen. Ich wollte das nur der guten Ordnung halber mitteilen.

(Beifall)

Das liegt im öffentlichen Interesse. Dies soll aber sicherlich kein Dauerzustand in Bezug auf andere Debatten sein. Das ist heute eine besondere Situation. Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eigentlich wollte ich heute in einer ähnlichen Art und Weise reden, wie das Kollege Droste für uns begonnen hat. Denn die Ereignisse und auch die Folgen der Love-Parade in Duisburg machen es einem ausgesprochen schwer, hier Dinge so zu benennen, wie es erforderlich wäre. Auf der anderen Seite wird der bisherige Verlauf der Debatte nicht ganz verhindern können, dass ich an der einen oder anderen Stelle vielleicht doch deutlicher werde, als ich es vorher wollte.

Ich will kurz mit Herrn Stotko beginnen. – Herr Stotko, ich fand Ihre Selbstauskunft über Ihren Lesezirkel ganz amüsant.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ja!)

Ich denke, die Journalisten des „Spiegel“ werden sich freuen, dass sie von Ihnen zugleich mit dem „Stahlhelm“ gelesen werden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Unglaublich! – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Ich denke, das werden die Journalisten auszuwerten wissen.

Außerdem sollten Sie überlegen, was Sie machen: Die Entrüstung über den „Spiegel“ passt nicht zu Ihnen. Denn wo waren Sie denn, als in diesem Saal die Hetzjagd gegen Herrn Sauerland mit einer Ve-

hemenz losging? Sie haben dabei doch kräftig mitgemacht.

(Beifall von der CDU)

Ihre Methode heißt: Applaus und Gebrüll, wenn es Ihnen passt, und Entrüstung, wenn es Ihnen unangenehm ist.

(Armin Laschet [CDU]: Das gilt für Jäger auch!)

Die Entrüstung ist heute völlig fehl am Platze, auch wenn Sie sagen: Es steht nichts Neues im „Spiegel“. – Oh doch! Wir haben eine Vielzahl von Fakten erfahren, die wir bisher nie erfahren konnten. Warum? Weil dieser Innenminister zusammen mit diesem Justizminister der Meinung war: Wir etwas sagen? Um Gottes willen! Es könnte uns doch treffen.

(Widerspruch von Sven Wolf [SPD])

Alles hat die Ermittlungen gestört.

In diesem Zusammenhang bin ich ausgesprochen froh, dass es möglich war, heute etwas zu erfahren, was wir sonst nie erfahren hätten.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Damit, Herr Minister, will ich zu Ihnen kommen. Sie haben gerade gesagt, wir sollten uns nicht mit denen beschäftigen, die sich nicht wehren können. Deswegen lasse ich die Polizei heute gerne außen vor. Denn über deren Wirken und über deren Handlungen wird wie auch über die Handlungen der anderen Beteiligten zu entscheiden sein, wenn die Verfahren abgeschlossen sind.

Aber Ihnen, Herr Innenminister, müsste es doch langsam unheimlich werden, wie Sie in den letzten Wochen selbst im Brennpunkt stehen. Ihre politischen Freunde werden Ihnen sicher testieren, dass Sie einen schlechten Lauf haben. Die Ministerpräsidentin müsste sich doch langsam darüber klar werden, dass sich das Risiko „Jäger 90“ ungeheuer schnell realisiert hat.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Wenn es in den Jahren Ihrer Opposition von 2005 bis 2010 irgendeine Möglichkeit gab, vermeintliches Fehlverhalten politisch Verantwortlicher zu besprechen, waren Sie stets der Erste. Sie waren unnachgiebig, Sie waren verletzend, aber Sie waren auch oberflächlich.

(Zuruf von der CDU: So war das!)

Für die Attacke gab es Ralf Jäger. Doch sobald die Sacharbeit begann, sobald es um Fakten und Feinarbeit ging – das habe ich Ihnen oft genug vorgehalten –, verschwanden Sie. Genau diese Eigenschaften werden Ihnen jetzt zum Verhängnis. Der „Schwarze Samstag“, um die Überschrift des „Spie-

gel“ zu zitieren, wird zu einem weiteren „Skandal Jäger“.

(Beifall von Olaf Lehne [CDU] – Widerspruch von Nadja Lüders [SPD])

Das lag ganz einfach daran, wie Sie sich hier bisher präsentiert und uns informiert haben. Ihr Sachstandsbericht heute hat dazu überhaupt nicht beigetragen, Herr Jäger. Sie haben heute im Grunde genommen ein Fazit von Dingen gezogen, die wir alle im „Spiegel“ lesen konnten. Der „Spiegel“ hat deutlich geschrieben ...

(Zuruf von Rainer Bischoff [SPD] und Thomas Stotko [SPD]: Im Gegenteil!)

– Wer lesen kann, Herr Stotko, findet das da alles. Lesen Sie.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Von strafbewehrten Pflichtverletzungen geht die Staatsanwaltschaft nicht aus, schreibt der „Spiegel“ so schön. – Aber das ist doch nicht das Ende der Wahrheit. In Wahrheit geht es ganz einfach darum, welches Verhalten dort an den Tag gelegt wurde.

(Nadja Lüders [SPD]: Die Wahrheit haben Sie!)

Lieber Herr Jäger, ich will Ihnen heute ganz deutlich sagen: Wer sich wie Sie verhält, dass er Dinge, die bekannt sind, preisgibt und alles, was wir noch nicht wissen, erst nachschiebt, wenn es ihm vorgehalten wird,

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

der darf doch heute nicht erwarten, dass wir auch nur ein Jota dessen glauben, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von der LINKEN)

Wenn Sie wollen, dass wir die Sache beurteilen können, und anfangen wollen, sachlich darüber zu reden, lautet meine herzliche Bitte: Geben Sie uns den Bericht – und keinen verkürzten. Geben Sie uns den Ermittlungsbericht, und wir werden anfangen zu arbeiten.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von der LINKEN – Sören Link [SPD]: Sind Sie jetzt zur Staatsanwaltschaft gewechselt? – Minister Thomas Kutschatj: Das ist kein Bericht, Herr Biesenbach! – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie wissen doch, dass es keinen Bericht gibt! Sie sind doch Jurist!)

– Lieber Herr Kollege, gerade Sie aus Duisburg – ich habe eben genau gesehen, wann Sie geklatscht haben –

(Sören Link [SPD]: Ja!)

sollten ganz schön bescheiden sein. Auch Sie gehören dazu, als ohne Nachdenken die Hau-drauf-

Truppe in Duisburg loszog. Jetzt, wo es ungemütlich wird, sind Sie weg, Herr Link.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Wahrscheinlich haben Sie keine Verwandten in Duisburg!)

– Ich will mich mit dem Minister auseinandersetzen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Das Verhaltensmuster ist in all den Skandalen – mindestens zwei sind aktuell – deutlich: Forsch auftreten, kräftige Behauptungen, die seriös wirken, werden vorgetragen. Fakten und Tatsachen werden entweder nicht veröffentlicht oder verschwiegen. Das ist die Methode. Die prangern wir ganz simpel an.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Thomas Stotko [SPD]: Das ist die Methode Biesenbach!)

Wir haben hier dasselbe wie im Dankeschön-Spendenskandal. Ich will nur einmal Zitate dieses Ministers aus späteren Sitzungen mit dem Thema Love-Parade nennen:

Schäbig nannte der NRW-Innenminister Ralf Jäger kurz nach der Katastrophe die ersten Vorwürfe gegen seine Leute. – Nun deckt aber der Bericht der Staatsanwaltschaft auf, dass eine Menge an Fragen zu stellen ist. Was davon richtig ist, kann ich heute nicht beurteilen. Aber die Fragen sind doch berechtigt.

(Sören Link [SPD]: Erst einmal werfen wir mit Schmutz, dann sagen wir, wir können das nicht beurteilen!)

Wo sind denn Ihre Antworten? Wo bleiben denn die Antworten?

(Zuruf von Sören Link [SPD])

– Mit Ihrer Kehlkopfkraft werden Sie unsere Fragen nicht verhindern, Herr Link. Die gehören dazu.

Frau Präsidentin, wenn die Regierung zehn Minuten überziehen darf, dann bekomme ich wie viele Minuten dazu?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Alle Fraktionen bekommen in dieser Runde fünf Minuten Redezeit mehr. Es wird eine weitere Runde eingerichtet, wenn Sie das wünschen.

Peter Biesenbach (CDU): Prima! – Also, wir haben deutlich gemerkt, dass weder die Aussagen von Herrn Jäger zu Beginn noch die des Polizeinspektors zu halten sind. Sie sind ganz einfach falsch. Warum, das schreibt der „Spiegel“ sehr schön: nämlich zum Schutz! Sie wollten sich schützen und Sie wollten möglicherweise andere schützen.

(Nadja Lüders [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass Sie so „Spiegel“-gläubig sind, Herr Kollege!)

– Frau Kollegin, lesen Sie doch! Sie brauchen alles nur zu lesen. Das sagen nicht wir, das sind Zitate der Staatsanwälte, die verarbeitet werden. Und gegen sie wollen Sie doch gar nichts sagen. Was hat dieser Innenminister nicht alles aufzuklären versprochen. Ich darf aus der Fragestunde vom 1. Dezember 2010 zitieren:

„Für die Landesregierung und mich persönlich gilt nach wie vor,“

– so wird im Protokoll festgehalten –

„dass wir Parlament und Öffentlichkeit so schnell wie möglich über das tragische Geschehen bei der Love-Parade in Duisburg und den jeweils aktuellen Wissensstand informieren.“

Nein, nur wenn der Druck von außen kommt, wird informiert. Was wirklich ist, wissen wir immer noch nicht, denn es darf ja wieder nicht veröffentlicht werden.

(Beifall von der CDU)

Das ist doch etwas, mit dem Sie vielleicht andere veralbern können. Selbst heute wird gesagt: Der Generalstaatsanwalt ermächtigt uns, Urteile, die er vorgibt, zu veröffentlichen. Nur die Fakten, die es uns ermöglichen, dieses Urteil nachzuvollziehen, sind weiterhin geheim. – Das glauben Sie doch bitte nicht selbst. Das ist eine völlig alberne Geschichte. Sie predigen Transparenz und mauern. Das ist doch die Position.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Machen wir doch einmal ein Stückchen weiter. Sie hatten Zeit genug, um über alle Vorhaltungen, die kommen, nachzudenken. Aber: Nichts wird offenbart. Immer wird sich hinter etwas anderem versteckt.

„Der Schutz der Veranstaltung war nicht Polizeiangelegenheit. Es war nach dem Sonderbaurecht eine abgeschlossene Veranstaltung, in der der Veranstalter selbst erst einmal verantwortlich war.“ So wird dieser Innenminister zitiert. Was lesen wir aus dem Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft, als er veröffentlicht wird? – Völlig andere Dinge! Wir haben gehört, wie der Innenminister diese Polizei in welcher Pflicht sah. Die sollte nämlich polizeiliche Arbeit leisten. Sie sollte Schlägereien schlichten, Anzeigen aufnehmen und Personen auf Anforderung des Veranstalters vom Gelände wegbegleiten. Nur Hilferufe hat sie angeblich nicht bekommen.

So, jetzt mögen Sie wieder fragen: Was ist denn im „Spiegel“ zu lesen? – Da steht doch nicht etwas, weil die Journalisten es sich eingebildet oder es erfunden haben, sondern weil sie aus einem Bericht der Staatsanwaltschaft zitieren. Der Hilferuf war da.

Anzeigen brauchte man keine aufzunehmen. Man brauchte auch keine Schlägereien zu schlichten. Aber es hätte möglicherweise eines anderen Verhaltens bedurft, das von der Führung nicht akzeptiert und nicht eingebunden werden konnte.

Was haben wir denn erlebt? – Wir lesen, dass nach dem Bericht der Staatsanwaltschaft in der Einsatzzentrale durch Außenkameras alles sichtbar war. Fast eine halbe Stunde, nachdem die ersten Menschen gestorben sind, steht der Minister lächelnd im VIP-Bereich und wird aufgenommen. Er verlässt die ganze Situation eine halbe Stunde, nachdem Menschen zu Tode gekommen waren. – Das ist die Frage, der wir nachgehen wollen: Wie ist das denn möglich?

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist ja eine Unverschämtheit!)

Ist das Arbeit? Ist das vernünftig?

(Zurufe von der SPD: Schäbig!)

Das ist doch die Situation!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Katastrophale Fehler, die aufgelistet werden – ob es stimmt, dazu vermag ich nichts zu sagen –, dazu will ich etwas hören, ich will Fakten hören! Zeigen Sie uns die Einzelheiten, nicht abschließende Berichte! Das ist die Situation!

Dann noch zu einem anderen Punkt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, das Kesselreiben gegen den Oberbürgermeister haben Sie betrieben und betreiben es bis heute. Es geht weiter. Herr Link kann sich keinen Augenblick zurückhalten.

(Sören Link [SPD]: Wer sich nicht zurückhalten kann, sehen die Menschen, Herr Biesenbach!)

Sie haben immer davon gesprochen, wer Schuld und wer Verantwortung hat. – Herr Link, das ist die Frage hier. Nach dem Bericht, so wie er veröffentlicht ist, gilt auch für diesen Innenminister dasselbe, was Sie für den Oberbürgermeister verlangen:

(Beifall von der CDU)

Persönliche Schuld mag nicht vorhanden sein, aber für alle Fehler in seinen Bereichen trägt auch er die Verantwortung! Darüber werden wir zu einem späteren Zeitpunkt hier noch intensiv zu sprechen haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Link das Wort.

Sören Link (SPD): Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich, was Angehörige, Opfer, die Duisburger Bürgerinnen und Bürger und die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land von dieser Debatte heute mitnehmen, was sie davon halten und über die Redebeiträge denken, die wir gerade hören mussten.

Ich frage mich das deshalb – Herr Biesenbach, insbesondere bei Ihrem Redebeitrag, der offensichtlich entstanden ist, weil Sie Ihre vorbereitete Rede nicht halten konnten –,

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

weil hier nach dem Prinzip verfahren wird: Ich stelle Fragen einfach in den luftleeren Raum, die eine Antwort suggerieren, die ich hier natürlich nicht gebe, in der Hoffnung, dass irgendwo möglichst in Richtung Innenminister Schmutz hängen bleibt.

(Beifall von der SPD)

Sie stellen Behauptungen und Thesen auf, Herr Laschet, Herr Biesenbach, die mich persönlich an Ihrem Rechtsstaatsverständnis zweifeln lassen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe)

Wo kommen wir da hin, Herr Laschet, wenn es eine politische Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen gibt, wie Sie sie gerade gefordert haben? Da frage ich mich wirklich, was Sie für ein Rechtsstaatsverständnis haben!

(Armin Laschet [CDU]: Sind Sie noch zu retten?)

Herr Laschet und Herr Biesenbach, da verzweifle ich ehrlich gesagt dran.

(Armin Laschet [CDU]: Entschuldigen Sie sich bei Herrn Sauerland!)

Dann sage ich als Duisburger Bürger zum Thema „Sauerland“ ganz deutlich: Niemand hat gesagt, Herr Sauerland trägt juristische Schuld, niemand! Das war eine Angelegenheit, die die Staatsanwaltschaft zu ermitteln hat. Und der Abschlussbericht liegt mir nicht vor. Das hat niemand jemals in Abrede gestellt.

Aber was bei Herrn Sauerland ohne Zweifel fernsehöffentlich nachgewiesen worden ist, Herr Laschet, ist sein Verhalten nach der Love-Parade – ein moralisch und politisch völlig inakzeptables Verhalten, was ihn als Oberbürgermeister dieser Stadt disqualifiziert.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist eine Hexenjagd!)

Dann sage ich Ihnen: Das, was die Duisburger Bürgerinnen und Bürger seit einem Jahr erleben, weil Herr Sauerland trotz seines Verhaltens nach der Love-Parade im Amt geblieben ist und seiner Verantwortung eben nicht gerecht wird, ist ein Skandal!

Und den decken Sie hier aus parteitaktischen Erwägungen! Das ist schäbig, Herr Laschet!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN – Armin Laschet [CDU]: Auf dem Rücken der Opfer machen Sie Duisburger Spielchen!)

Ich sage ein ganz herzliches Dankeschön an den Innenminister, dass er, wie er es eben getan hat, die gerade vorliegenden Ausführungen der Staatsanwaltschaft hier zur Klarstellung deutlich und klar akzentuiert rübergebracht hat. Ich glaube, es tut der Debatte und allen Beteiligten gut, auch den beteiligten Polizistinnen und Polizisten, einmal klar und transparent das aufgeschrieben und vorgelesen zu bekommen, was die Staatsanwaltschaft bisher an Ermittlungserkenntnissen hat.

Ich sage Ihnen aber auch: Wir hier im Parlament sind weder Gericht noch Staatsanwaltschaft. Wir hier im Parlament haben keine Aufklärung in einem laufenden staatsanwaltschaftlichen Verfahren zu leisten.

(Beifall von der SPD)

Auch wenn Ihnen das nicht passt, Herr Laschet, Herr Biesenbach, Herr Droste: Wir hier im Parlament haben den Abschlussbericht abzuwarten. Das gilt auch, auch wenn sich Zeitungen oder Magazine aus irgendwelchen Berichten, die ihnen vorliegen und uns nicht – das ärgert uns alle –, speisen und zitieren – aus welchen Quellen sie auch stammen. Aber es ist so, dass in einem laufenden staatsanwaltschaftlichen Verfahren, das mit Sicherheit in Gerichtsverfahren münden wird, zunächst einmal der Abschlussbericht abzuwarten ist und dass eine saubere juristische Aufarbeitung Priorität und Vorrang vor einer politischen Bewertung des ganzen Sachverhalts hat. Ich dachte, das wäre unter Demokraten in einem Rechtsstaat Konsens.

(Beifall von der SPD)

Wir sollten diesen Abschlussbericht abwarten und dann auf Grundlage dieses Abschlussberichtes eine seriöse politische Gesamtbewertung der Vorkommnisse der Love-Parade abgeben. Ich fordere Sie auf – Redner vor mir haben das auch schon getan –: Tun Sie das endlich und machen Sie endlich Schluss mit diesem billigen populistischen Klamauk!

(Armin Laschet [CDU]: Gerade Sie! Gerade Duisburg!)

Den tragen Sie nämlich auf dem Rücken der Opfer, der Polizisten und der Hinterbliebenen aus.

(Peter Biesenbach [CDU]: Auwei!)

Ich kann beim besten Willen den Erkenntnisgewinn in Ihren Redebeiträgen nicht finden. Ich kann deshalb auch beim besten Willen nicht entdecken, warum diese Aktuelle Stunde heute auf Grundlage eines Berichtes des „Spiegel“ notwendig gewesen ist.

Ich sage es noch einmal: Wir sind kein Ermittlungsparlament. Wir sind nicht da, um zu ermitteln.

Wir sind dafür da, aus den Ermittlungsergebnissen, die die Staatsanwaltschaft vorzulegen hat, die richtigen politischen Konsequenzen zu ziehen, dass die Opfer und Hinterbliebenen eine vernünftige Entschädigung bekommen und deren Leid, soweit es irgendwie möglich ist, ein Stück weit geheilt und aufgewogen werden kann.

Wir sind vor allen Dingen dazu da, daraus die Konsequenzen zu ziehen, um, wie es der Innenminister gerade gesagt hat, zu verhindern, dass sich so etwas in Nordrhein-Westfalen wiederholt.

Ich finde, die Art und Weise, wie Sie gerade die Debatte mit billigen und persönliche Angriffen auf die Person des Innenministers geführt haben, ist gerade vor dem Hintergrund der dramatischen Tragödie bei der Love-Parade Ihrer gesamten Rolle als Opposition in diesem Landtag völlig unwürdig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Link. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Engel.

Ich will gerne noch einmal darauf aufmerksam machen, dass in dieser Runde jede Fraktion fünf Minuten zusätzliche Redezeit erhält und wir insgesamt noch eine weitere Runde für jede Fraktion zulassen werden. – Bitte schön. Sie haben dann jetzt zehn Minuten.

Horst Engel (FDP): Wunderbar! – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Link, wir wollen nur den Sachverhalt bewerten. Das ist hier der Plenarsaal, kein Gerichtssaal.

Das Innenministerium, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich fahre da fort, wo ich vorhin aufgehört habe, versuche aber, das miteinander zu verzahnen –, war verantwortlich für die Kräftebereitstellung. Herr Jäger, nun hat die Staatsanwaltschaft in ihrem zitierten Bericht festgesellt, dass die Zahl der Polizeibeamten im – auch aufgrund der Vorbewertung – riskantesten Einsatzabschnitt nicht ausreichte.

(Minister Ralf Jäger: Das ist falsch!)

Für die Sperrketten auf der Rampe und im Tunnel ab 15:45 Uhr sollen dem zuständigen Abschnittsleiter für Rampe und Tunnel nur eine, nämlich die 15. Hundertschaft aus Köln, und ein paar Bochumer Kräfte zur Verfügung gestanden haben. Die vier Hundertschaften waren nämlich über das gesamte Veranstaltungsgelände verteilt. Das sind nicht nur zu wenige, sie sind auch orientierungslos.

Von sieben Hundertschaften, die um 15:00 Uhr vor Ort für den Schutz der Veranstaltung verfügbar wa-

ren, wurden entgegen des Gebots der Lage einfach drei Hundertschaften um 15:30 Uhr aus dem Einsatzraum entlassen, obwohl laut Plan ausdrücklich nur eine lageabhängige Entlassung aus dem Einsatz erfolgen sollte. – Ein krasses Führungsver-sagen!

Herr Jäger, im Tunnel und auf der Rampe war um 16:00 Uhr nur eine Hundertschaft im Einsatz. In den Einsatzabschnitten „Raumschutz“ waren um 16:00 Uhr zehn Hundertschaften im Einsatz. Dabei waren insgesamt 21 Hundertschaften im Schichtdienst von morgens 8:00 Uhr bis nachts vor Ort. Aber eben nicht gleichzeitig!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Innenminister, Sie haben von Anfang an getrickst und getäuscht. Wenn Sie nur einen Funken Anstand in Ihrem Leib verspüren, dann nehmen Sie heute hier Ihren Hut. Das sage ich Ihnen jetzt schon.

(Lachen von der SPD – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: So ein Unfug!)

Bei einer so schwierigen Einsatzlage – ich komme jetzt auf die Kommunikation zu sprechen – wie bei einer Massenveranstaltung ist die Kommunikation sowohl der Sicherheitskräfte untereinander als auch hinsichtlich der Ansprache der Besucher ein zentraler Faktor.

Ich habe Sie mehrfach, etwa im ersten Fragenkatalog, gefragt: Waren in den beiden Tunneln und auf der Rampe Lautsprecher angebracht, über die die Besucher angesprochen und informiert sowie Weisungen erteilt werden konnten? Wenn ja, wer konnte hierüber Durchsagen tätigen? Wenn nein, warum nicht?

Wir ahnen es: Es kamen ausweichende Antworten oder Schweigen oder der Hinweis, es sei durch die Musik eh zu laut für Durchsagen gewesen.

Jetzt kommt heraus, dass die beiden Polizeibeamten, die ihren Platz vor den Mikrofonen einnehmen wollten, überhaupt keine der auf dem Veranstaltungsgelände verteilten Lautsprecheranlagen vorgefunden haben.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Haben Sie eben nicht zugehört?)

Ab da weiß die Polizei, dass Sie die Massen im kritischen Bereich von Tunnel und Rampe – im späteren Todesbereich – im Ernstfall nicht lenken kann, und das vor dem Hintergrund, dass der eigene große Lautsprecherwagen morgens nicht einsatzbereit war und in der Werkstatt stand.

(Sören Link [SPD]: Wer war denn dafür zuständig, Herr Engel? Wer war der Veranstalter?)

– Herr Link, ich brauche Ihnen die Verpflichtung zur Gefahrenabwehr jetzt nicht zu erläutern. Das können wir vielleicht einmal hinterher machen.

(Sören Link [SPD]: Entschuldigung, es war der Veranstaltungsleiter dafür zuständig!)

Und es gab die Besorgnis, dass dieser Wagen, wenn er denn zur Verfügung steht, durch das Gedränge gar nicht mehr auf die Rampe kommen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Polizeiführung hätte an dieser Stelle – keine vom Veranstalter bereitgestellten Mikros, keine Lautsprecheranlage – die Parade stoppen müssen. Kein einziges Bundesligaspiel wird angepfeifen, wenn die Stadionlautsprecheranlage nicht zur Verfügung steht.

(Beifall von der FDP und von Gunhild Böth [LINKE])

Auf unsere Fragen zur Handy- und Funkkommunikation hat man seitens des Ministeriums banale Sätze wie den folgenden ausgeführt: Trotz des modularen Aufbaus hat es technische Probleme im Funkverkehr der Polizei gegeben. – Oder: Der Veranstalter hat das Instrument der Telefonschaltkonferenz nicht genutzt.

Ja, da kann ich nur lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Jetzt wissen wir – das haben wir vorher schon geahnt und auch an einigen Stellen belegt –, dass die Kommunikation per Handy unter den Einsatzkräften in der kritischen Zeit zwischen 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr nicht möglich war. Laut Angaben von Polizeiführern sollen weder der zuständige Führer der Hundertschaft noch der Abschnittsführer für Rampe und Tunnel – also der, der bei den ganzen Problemen auch noch eine gute Leistung abliefern sollte – ab etwa 16:00 Uhr über einen längeren Zeitraum erreichbar gewesen sein. Die Polizei war somit führungslos und abstimmungsunfähig für koordiniertes Vorgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das x-mal hinterfragt. Die Antworten kennen Sie: Nebelkerzen. Dies ist unwürdig für einen Innenminister in diesem Bundesland.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen: Es gab Polizeibeamte, die unter Einsatz ihres Lebens versucht haben, zu retten, was zu retten war.

(Sören Link [SPD]: Die ziehen Sie mit Ihrem Redebeitrag durch den Dreck!)

Die mussten, Herr Link, mit den Ergebnissen von völligem Führungsversagen leben.

(Sören Link [SPD]: Erbärmlich!)

So war das. Diese Polizisten beziehen wir weiß Gott nicht in unsere Kritik mit ein.

(Sören Link [SPD]: Sicher! Sie kochen ein ganz ekeliges politisches Süppchen!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. – Herr Jäger, Sie haben uns den Ermittlungsbericht des PP Essen nun wiederholt nicht geliefert. Ich hatte Ihnen vorgeschlagen: Klassifizieren Sie ihn als geheim. Erlauben Sie den Obleuten, dort hineinzuschauen. Sie haben dann immer entgegnet: Da steht sowieso nichts Besonderes oder nichts Neues drin. – Wir sind gespannt, wie Sie reagieren werden, wenn er dann vorliegt und wir ihn bewerten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Sören Link [SPD]: Sie müssen schon sehr verzweifelt sein, wenn Ihnen so die Themen ausgehen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Engel. – Der nächste Redner ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Engel, ich habe aus Ihrem ersten Redebeitrag den Begriff „Tabubruch“ mitgenommen. Sie haben gesagt, Polizeikritik sei ein Tabubruch in diesem Haus.

(Horst Engel [FDP]: Ich nicht!)

Herr Engel, Polizeikritik ist kein Tabubruch. Polizeikritik – wenn Einsätze nicht richtig gelaufen sind – ist elementare Aufgabe der Legislative und damit dieses Parlamentes und seines Innenausschusses.

(Beifall von der SPD)

Was ich aber als durchaus moralischen Tabubruch empfunden habe, ist dieses Geschrei, das hier heute wieder losgegangen ist. Vor dem Hintergrund des Todes 21 junger Menschen und 500 Verletzter ziehen Sie, Herr Engel, hier los und täuschen und tricksen mit Ihrer Rhetorik.

Herr Biesenbach, auch Sie nutzen diese Rhetorik, indem Sie sagen: Der Minister war doch auf dem Gelände. Warum ist er denn nicht persönlich eingeschritten? Warum hat er denn sehenden Auges zugeschaut? – Sie wissen – ich traue Ihnen zumindest zu, dass Sie das wissen –, dass diese Sicht der Dinge Quatsch ist. Das vor diesem Hintergrund so aufzuziehen ist nach meinem Verständnis tatsächlich ein moralischer Tabubruch.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Biesenbach, ich möchte gerne einzelne Vorwürfe aus Ihrem Redebeitrag aufnehmen. – Ist die Aufarbeitung, wie sie bisher gelaufen ist, denn wirklich ein „Skandal Jäger“? – Sie haben Transparenz gefordert. Ich kann Ihnen nur raten: Fragen Sie. Sie bekommen die Antworten, die gegeben werden können. Das haben wir immer klagemacht. Aber wir haben auch deutlich gemacht – das habe ich vorhin bereits ausgeführt, aber ich wiederhole es gerne –: Wir haben in diesem Land eine unabhän-

gig arbeitende Justiz, eine Justiz, die die notwendige Zeit braucht, und eine Justiz, die vor einem möglichst großen Schutzbereich ermitteln können muss.

(Beifall von der SPD)

Insofern ist Ihre Forderung, den Ermittlungsbericht jetzt an dieser Stelle so vollständig wie möglich zu bekommen, Unsinn. Es ist völlig klar, dass dieser Ermittlungsbericht Ihnen erst dann vorliegen kann, wenn er fertig ist, wenn er staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und vor allen Dingen die unabhängige Arbeit unserer Justiz nicht behindert. Von daher weise ich auch diese Forderung als völlig unsinnig zurück.

Ich kann Ihnen nur eins sagen, Herr Biesenbach: Wir haben uns jetzt lang genug darüber unterhalten, wer hier wo was wann falsch gemacht hat und wie die Aufbereitung dieser Tragödie verlaufen ist. Wenn Sie genau wissen, wie es war, und genau wissen, was Sie fragen wollen, dann beantragen auch Sie den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Soviel Mumm in der Hose müssten Sie eigentlich haben.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Aufklärung dieser Tragödie, dieser Katastrophe, gehört in dieses Parlament. Davon bin ich fest überzeugt. Es gehört zu unserem demokratischen Verständnis, dass die Aufklärung einer solchen Tragödie in dieses Parlament gehört, vor das Parlament als die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger gehört und nicht – so, wie das die anderen Seiten nimmer tun – in den „Spiegel“ oder in andere Gazetten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dieser Anspruch, die Aufklärungsarbeit in dieses Parlament zu holen, der gilt für alle Seiten. Der Minister – dafür bin ich ausdrücklich dankbar – hat heute den Anfang gemacht. Er hat viele neue Erkenntnisse vorgetragen, bei denen ich mir sicher bin, dass diese auch in den Innenausschuss des Landtages gehören.

Die anderen Beteiligten aber haben – ich werde nicht müde, dies zu betonen – ihre Verantwortung bislang nicht wahrgenommen, hier in diesem Haus vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen Stellung zu nehmen zu den Versäumnissen, die Sie zu verantworten haben. Und davon gibt es reichlich, meine Damen und Herren. Genau diese Debatte müssen wir jetzt führen.

Wir müssen aber auch nach vorne gerichtet die Debatte führen, wie Großveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen zukünftig sicherer werden.

Der Minister hat im vergangenen August den Auftakt dazu gemacht. Ich glaube, diese Debatte nach vorne zu führen und die Aufklärung der Ereignisse im Zusammenhang mit der Love-Parade voranzu-

treiben, das sind unsere elementaren Aufträge. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Kollegin Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich kurz auf drei Sachen eingehen, die mich ein Stück weit erschreckt haben.

Erstens. In der Rede von Herrn Stotko musste ich verwundert zur Kenntnis nehmen, dass dort Teile der demokratischen Medienlandschaft wie „Spiegel“ und „ND“ in einem Atemzug mit der Nazipresse genannt wurden. Das finde ich ziemlich erschreckend, denn „Stahlhelm“, „Spiegel“ und „ND“ haben nichts miteinander zu tun.

(Beifall von der LINKEN)

Zweitens ist die Bemerkung, dass es keine Aktualität gegeben hätte und dass diese Aktuelle Stunde durch nichts begründet sei, meines Erachtens gleichzeitig ein Angriff auf das Präsidium, das diese Aktuelle Stunde genehmigt hat, und auf die Geschäftsordnung, die auch vorschreibt, dass man die Aktualität nachweist. Damit hat alles seine Richtigkeit. Diese Belehrung von Ihnen, Herr Stotko, brauchen wir nicht.

(Beifall von der LINKEN)

Drittens muss ich mich auch ein bisschen über die Äußerungen von Herrn Bolte und von der SPD wundern. Denn wir haben kein Interesse daran, auf dem Rücken der Opfer Parteipolitik zu betreiben.

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Aber die Frage nach der politischen Verantwortung muss doch gestellt werden können,

(Beifall von der LINKEN)

gerade auch wegen der Opfer. Zu sagen, nur weil es Opfer gegeben hat, darf man nicht nach der politischen Verantwortung fragen, finde ich grotesk.

Jetzt sind hier einige Sachen zusammengekommen. Ich konnte viele Eindrücke auf mich wirken lassen. Ich möchte ein paar Bemerkungen zu dem machen, was Herr Jäger, Herr Bolte und Herr Stotko gesagt haben.

Vielleicht vorweg zum Redebeitrag von Herrn Biesenbach: Die Verquickung der sogenannten Spendenaffäre mit der Love-Parade ist meiner Meinung nach unredlich. Der werden wir uns nicht anschließen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist eine Verhöhnung der Opfer. Das finde ich nicht in Ordnung, dass Sie das hier in einen Topf werfen und den Minister dann auf der Gesamtebene angreifen und diese Spendengeschichte mit der Love-Parade verquicken. Dem können wir uns auf keinen Fall anschließen. Das war auch überhaupt nicht unsere Vorstellung von der Diskussion hier.

(Beifall von der LINKEN)

Auch anschließen kann ich mich dem, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Namen einzelner Beschuldiger und von Zeugen in einem Zeitungsartikel auftauchen und das Rückschlüsse auf ihre Identität zulässt. Das ist nicht in Ordnung. Das muss auch ein Appell an die Presse sein, das nicht zu tun. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Gleichzeitig finde ich es sowieso erschreckend, dass wir die ganzen Dinge aus der Presse erfahren müssen. Denn es stimmt nicht, was hier gesagt worden ist, dass wir jederzeit umfassend über alles im Innenausschuss und im Rechtsausschuss informiert worden sind.

Auch nach dem Vortrag, den Sie gerade gehalten haben, Herr Jäger, bleiben immer noch Widersprüche zwischen den Zitaten aus dem staatsanwaltlichen Bericht und dem, was Sie gerade gesagt haben. Herr Engel hat es angesprochen: im Bereich der Kommunikation, der Vorrangschaltung. – Das haben Sie alles eben auch nicht ausräumen können.

Das ist aber doch Ihre Aufgabe. Wenn wir heute nicht nachgebohrt hätten, hätten wir doch heute wieder nichts erfahren.

(Beifall von der LINKEN)

Jetzt haben Sie gerade einige Auszüge vorgetragen, das, was Sie berichten durften. Warum haben Sie denn nicht, wenn der Bericht seit Januar vorlag, schon früher gefragt, welche Bereiche dem Parlament zugänglich gemacht werden können, zur Not auch in geheimer Sitzung, wenn es nicht anders geht?

Ich finde, es ist unsere Aufgabe, da immer wieder nachzubohren. Deswegen war diese Aktuelle Stunde hier heute nötig.

(Beifall von der LINKEN)

Ich wünschte mir sehr, dass solche Berichte im „Spiegel“ dann so nicht auftauchen. Ich appelliere noch einmal an Sie, dass auch Sie von der Presse daran denken, dass Zeugen, Angehörige und Opfer geschützt werden müssen.

Interessant finde ich auch, dass Herr Bolte jetzt schon zum Innenminister mutiert ist. Er hat gesagt: Wir geben Ihnen dann immer Informationen, wenn es geht. – Vielleicht hat er da etwas verwechselt.

Aber das ist doch das Kernproblem: Die Informationspolitik der Landesregierung erweckt im Moment den Eindruck, als würden wir immer nur häppchenweise etwas bekommen.

(Armin Laschet [CDU]: So ist es!)

Letztes Jahr im Herbst wurde uns gesagt, wir kriegen den Bericht des Polizeipräsidiums Essen. Den haben wir nicht bekommen.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Ja, ich weiß, das ist nicht Ihre Schuld, sondern die Staatsanwaltschaft wollte das nicht. – Aber dann habe ich von Medienvertretern gesagt bekommen: Macht nichts, steht eh nichts Interessantes drin. – Da fühle ich mich doch auch ein bisschen veräppelt. Denn es bleibt doch dabei, dass das Parlament informiert werden muss. Wenn es heute ging, Herr Jäger, warum ging es nicht schon vor ein paar Wochen?

(Beifall von der LINKEN)

Da müssen wir immer dranbleiben. Gerade wenn es vonseiten des Einsatzstabes auf der Landesebene Fehler gegeben hat, dann ist es doch ureigenes Interesse der Landesregierung, möglichst früh auch dem demokratisch gewählten Parlament Hinweise zu geben. Da braucht man keine Namen von einzelnen Beamten zu nennen. Die interessieren mich auch gar nicht. Es geht darum, Hinweise darauf zu geben: Ja, auch bei uns sind Fehler passiert. Möglicherweise sind die Aussagen, die ich vor einem Dreivierteljahr im Innenausschuss getätigt habe, so nicht mehr zu halten. – Das hätte ich von Ihnen erwartet, Herr Jäger.

Das versuche ich Ihnen auch die ganze Zeit zu erklären, dass es nicht darum geht, eine Ersatzstaatsanwaltschaft aufzumachen, sondern dass die politische Verantwortung an den Stellen, an denen klar war, dass möglicherweise Fehler gemacht wurden, auch wenn sie nicht strafrechtlich relevant sind, zur Sprache kommen muss.

Damit bin ich auch schon beim nächsten Punkt. Da entlasse ich Sie auch nicht aus der Verantwortung. Es ist wirklich ärgerlich, dass es dann hier hin- und hergeht zwischen Jäger und Sauerland. Wir haben an dieser Stelle zweimal – einmal hat die FDP es gemacht, und einmal haben wir es gemacht – die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss aufgestellt, weil wir nämlich eine lückenlose Aufklärung nicht der strafrechtlich relevanten Aspekte, sondern der politischen Verantwortlichkeiten aller Ebenen und aller Fehler, die auf allen Ebenen gemacht worden sind, haben wollen.

(Beifall von der LINKEN)

Nach diesen Erkenntnissen im „Spiegel“-Artikel sind tatsächlich viele Fehler gemacht worden. Man hätte die Katastrophe voraussehen können. Da gebe ich auch meinen Vorrednern Herrn Link und auch Herrn

Jäger nur zum Teil recht. Ich habe das auch in meinem ersten Redebeitrag gesagt. Es tun sich Abgründe auf, was die Vorbereitung durch Lopavent angeht, was die Zuständigkeit der Bau- und der Ordnungsbehörden der Stadt Duisburg angeht.

Deswegen habe ich auch eben gesagt: Mir ist schlecht geworden, als ich diesen Artikel gelesen habe. Das strotzt nur so von organisierter Verantwortungsllosigkeit.

Aber die Polizei war teilweise recht frühzeitig mit einbezogen. Sie hat Sicherheitsbedenken gehabt. Sie hat sich aber nicht durchgesetzt.

Da ist politischer Druck ausgeübt worden, auch möglicherweise von der alten Landesregierung. Welche Rolle hat der Kulturstatssekretär gespielt? Welche Rolle hat auch ein Intendant der Kulturhauptstadt gespielt?

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Welche Rolle hat der Oberbürgermeister? Ich frage das nur. Ich weiß das nicht. Aber es ist politischer Druck aufgebaut worden. Das wird irgendwie klar.

Solche Sachen müsste man aus unserer Sicht in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären.

(Beifall von der LINKEN)

Da geht es nicht um strafrechtliche Relevanz.

Das will ich Ihnen auch noch einmal sagen: Die Polizei ist ja immer dann zuständig, wenn tatsächlich Gefahr im Verzug ist. In der Situation, als das Ganze explodierte, konnte die Polizei nicht mehr eingreifen. Das wird immer klarer. Sie konnte nicht mehr eingreifen.

Das, was wir der polizeilichen Führung ja nur vorwerfen, ist, dass sie es eigentlich zumindest nach dem, was aus diesem Artikel klar wird, hätte wissen können und man quasi sehenden Auges in die Katastrophe gerannt ist, weil man unter anderem auch dem politischen Druck möglicherweise nicht standhalten konnte.

Da nehme ich explizit die einzelnen Beamten vor Ort aus, weil die damit nichts zu tun haben. Das haben wir hier mehrfach gesagt. Die haben ein schlimmes traumatisches Erlebnis gehabt und haben vor Ort Menschen gerettet. Das bleibt auch so. Das möchte ich auch für unsere Fraktion noch einmal festhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Abschließend möchte ich noch einmal kurz an Sie appellieren. Auch die CDU hat schon mehrfach gesagt, eigentlich müsste ein Untersuchungsausschuss her. Wir warten noch, wir warten noch, wir warten noch.

Sie können natürlich jetzt noch länger warten, auch noch ein paar Jahre warten. Aber wenn niemals

verschwundene Brennelementekugeln aus einem Atomreaktor Sie dazu bringen, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, dann weiß ich nicht, warum Sie an dieser Stelle so zögerlich sind, liebe CDU.

(Beifall von der LINKEN – Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Weil sie Angst haben!)

Liegt das vielleicht doch an der Rolle, die der Oberbürgermeister spielt, die die politisch Verantwortlichen in der CDU spielen? Liegt es daran? Das müssen Sie sich jetzt ehrlich eingestehen. Denn wir als Linke – ich schätze, auch die FDP – werden die Frage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung halten und werden Sie daran erinnern. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Damit ist die zweite Runde im Rahmen der Aktuellen Stunde beendet.

Wir treten in die dritte Runde ein. Bisher liegen mir drei Wortmeldungen in folgender Reihenfolge vor: Kollege Stotko von der SPD, Kollege Ellerbrock von der FDP und Frau Düker für die Grünen. – Kollege Stotko hat das Wort.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch mal kurz zu Wort gemeldet, weil ich schon der Auffassung bin, dass wir noch zwei, drei Dinge klären müssen.

Herr Kollege Biesenbach, Ihre Formulierung war: Ich glaube nicht dem, was Sie gesagt haben, Herr Innenminister. – Das waren Zitate der zuständigen Staatsanwaltschaft. Sie sagen also, dass Sie den Informationen der Staatsanwaltschaft, die der Herr Innenminister hier zitiert hat, nicht glauben. Dann sagen Sie das bitte auch der zuständigen Staatsanwaltschaft!

Wissen Sie, was mich wirklich entsetzt hat, ist dieses Werfen mit Schmutz.

(Widerspruch von der CDU)

Das mag ja üblich sein; ist ja alles in Ordnung. Aber mir geht es um einen bestimmten Vorwurf, Herr Kollege Biesenbach. Sie haben dem Innenminister vorgeworfen, eine halbe Stunde nach dem Tod der Menschen habe er die Veranstaltung verlassen,

(Minister Ralf Jäger: Unglaublich!)

obwohl Sie genau wissen, dass das nicht stimmt, obwohl Sie genau wissen, wie der zeitliche Ablauf war. – Dieser Vorwurf gegenüber der Bevölkerung, der Innenminister habe von Toten gewusst und sei nach Hause gefahren, den nehmen Sie zurück. Dafür erwarte ich ausdrücklich Ihre Entschuldigung.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir beim Thema „Entschuldigung“ sind – telefonieren Sie jetzt nicht; Sie kommen jetzt dran, Herr Kollege Laschet! –, von Ihnen, dem großen Krakeeler heute, werde ich das auch erwarten. Ich kenne mich nicht mit der Frage aus, wie ich hier ein Wortprotokoll hinbekomme. Aber Ihr Einwurf bei meiner Rede, der Innenminister habe die Staatsanwaltschaft nicht im Griff – das ist Ihr Vorwurf gewesen –,

(Sören Link [SPD]: Widerlich!)

ist eine politische Staatsanwaltschaft, die hier noch nie eine Fraktion wollte.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Das haben Sie hier reingerufen. Ich bin froh, dass Sie es bestätigen. Schönen Dank.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich fordere Sie im Namen der gesamten nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit auf: Gehen Sie ins Repetitorium beim Kollegen Droste und teilweise bei Herrn Biesenbach zu der Frage, ob eine Staatsanwaltschaft unabhängig ist! Ein Innenminister und ein Justizminister müssen eine Staatsanwaltschaft nicht im Griff haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die sind nämlich unabhängig und ermitteln. Ich finde diesen Vorwurf unglaublich.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Sie sind doch gar nicht mehr dran!

Kollege Engel, ich möchte nur an eines erinnern. Unabhängig von vielen Fragen, die man aufwirft, haben Sie gesagt: Wie kann man denn beim Einsatz der Polizei das nach zwölf Stunden beenden? – Dann gehört doch zur Vollständigkeit hinzu, dass der bei diesen Love-Parade-Debatten niemals anwesende Kollege Wolf genau dieses in seiner Innenministerzeit verfügt hat. Dann sagen Sie es doch wenigstens!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von Horst Engel [FDP] – Sören Link [SPD]: Das ist die Wahrheit, Herr Engel! Sie wollen es nicht hören! Sie schmeißen die ganze Zeit mit Schmutz herum!)

Bei keiner Love-Parade-Diskussion sitzt Herr Wolf auf seinem Platz. Ich frage mich ernsthaft: Warum eigentlich?

(Lebhafte Zurufe)

Wir kommen dann zu der Frage meiner Bewertung von journalistischen Magazinen. Wir können uns lange über die Frage unterhalten, wer mit wem verglichen wird. Aber an einem halte ich fest, liebe Kolleginnen und Kollegen: Den „Spiegel“, den ich seit über 25 Jahren lese, habe ich immer gern gekauft. Aber dieser Artikel – ich weiß nicht, ob Sie den

überhaupt alle gelesen haben, deshalb helfe ich Ihnen einmal mit zwei Zitaten – führt in seinen 1160 Zeilen zwei Sachen auf, die mich entsetzen.

Ich gebe Ihnen das eine Zitat wieder:

„Es ist die schlimmste Art für einen Polizisten, sich das Versagen einzugestehen: danebenzustehen, wenn andere sterben.“

Über dieses Zitat kann man noch lange ringen und über die Frage, wie Polizisten das empfinden. Aber warum ich diesen Artikel im „Spiegel“ vom Montag mit seiner Ankündigung so schlecht finde, ist das zweite Zitat, das ich denen vorlese, die den Artikel nicht kennen:

„Sie“

– die Stadtverwaltung Duisburg –

„hatte die Paragraphen zum Tanzen gebracht, für einen Totentanz ...“

So geht man mit den Menschen um, die dort gestorben sind? So geht man mit den Opfern um, mit einer solchen Formulierung? Deshalb sage ich Ihnen weiterhin: Dieser Artikel ist unwürdig, unmenschlich und unerträglich, und er hat diese Aktuelle Stunde nicht verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion der FDP Kollege Ellerbrock.

Kollege Ellerbrock, das System gibt eine dritte Runde nicht her. Deshalb wird Ihre Zeit weiter ins Negative laufen. Wir achten aber darauf, dass Sie die fünf Minuten bekommen.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden über Folgen einer Großveranstaltung mit 21 Toten und Hunderten Traumatisierten. Stellen wir uns nur einmal vor, es wären die tatsächlich in der Presse erwartete Besucherzahlen gewesen, was dann noch gewesen wäre! Stellen wir uns allein das einmal vor!

(Nadja Lüders [SPD]: Das möchte ich nicht!)

Meine Damen und Herren, wir haben vier Beteiligte. Wir haben den Veranstalter, der originär zuständig ist. Wir haben Versicherungen, die sich auch vielen Fragen stellen müssen. Wir haben eine Genehmigungsbehörde, die Stadt Duisburg. Und wir haben die Polizei.

Es geht nicht darum, Kollege Link, was Sie hier gemacht haben, in diesem Punkt den Finger auf einen Duisburger Oberbürgermeister zu richten. Das haben wir in Duisburg gemacht. Wir haben versucht, eine Abwahl durchzusetzen, weil wir die politische Verantwortung einfordern. Das gilt nach wie vor. Wir verwehren uns als SPD aber gegen eine Hetzjagd.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wollen Sie zu uns kommen? Sie haben gesagt: Sie verwehren als SPD! Sie haben sich vertan!)

– Gut. Als FDP verwehren wir uns einer solchen Hetzjagd. Deswegen haben wir uns gestern bei dem Abwahlverfahren der Stimme enthalten, weil wir nicht von einer Mehrheitsdemokratie zu einer Minderheitsdemokratie wandern wollen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist höchst interessant!)

Wir müssen wirklich deutlich machen: Was ist mit der Polizei passiert? Kollege Engel hat doch mehr als deutlich gemacht, dass es da erhebliche Fehler gab.

Kollege Stotko, wenn ich das als Verwaltungsmensch mit Dienstzeiten so richtig weiß, wird mit Sicherheit in diesem Erlass stehen, dass die Dienstzeiten lageabhängig zu modifizieren sind. Wenn die Lageabhängigkeit so ist, wie sie in Duisburg war, geht Ihr Vorwurf an den ehemaligen Innenminister völlig fehl. Das müssen wir noch mal festhalten.

Zum Zweiten ist es zwingend notwendig, dass wir so schnell wie möglich, so transparent wie möglich aufklären. Wir müssen doch aus den Fehlern für die nächsten Veranstaltungen lernen. Herr Jäger, ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen: Für mich drängt sich der Eindruck auf, dass Sie sich nicht vor die Polizei stellen, sondern sich eigentlich hinter der Polizei verstecken. In dem Augenblick, in dem es konkret wird, da ziehen Sie sich zurück und bleiben im Nebulösen; Horst Engel hat dafür ja genug Beispiele gebracht.

Sie haben gesagt, die beschriebenen Kommunikationsschwierigkeiten seien nicht so problematisch, sie seien baulich bedingt gewesen usw. Wenn man in die Szene hineinhört, dann weiß man aber, dass schon in Bezug auf mehrere Großveranstaltungen nachgewiesen wurde, dass es erhebliche Kommunikationsprobleme – nicht nur im Polizeinetz, sondern auch im allgemeinen Netz – gab. Also hätte man sich darauf einrichten können.

Horst Engel hat den Standort und die Einsatzhundertschaften angesprochen. Wenn Einsatzhundertschaften da waren, dann stellt sich doch die Frage, warum sie nicht eingesetzt wurden. Waren sie nicht da – das wäre besonders schlimm –, oder waren sie falsch positioniert? Das alles sind Fragen, die mit der Polizeiführung zu tun haben.

Wir müssen weiterhin fragen: Warum wehren Sie sich so gegen die nötige Transparenz? Ich habe noch einige Äußerungen von Ihnen aus der letzten Legislaturperiode im Kopf, die Regierung möge doch bitte bestimmte Unterlagen veröffentlichen. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum Sie sich dem aus meiner Sicht berechtigten Vorwurf aussetzen, nach Salamtaktik zu informieren. Das, was

ohnehin schon in der Presse steht, wird hinterher bestätigt oder leicht modifiziert. Warum versuchen Sie nicht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und eine transparente Aufklärung hinzubekommen?

(Beifall von der FDP)

Warum gibt es keine konkreten Antworten auf die Fragen, die Horst Engel an den verschiedensten Stellen gestellt hat? Es wird dann immer gesagt: Das ist ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren. Erstaunlich ist aber, dass Sie auf bestimmte Fragen, die ebenfalls im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren geklärt werden müssen, gerne antworten.

Man kann dem Vorwurf, nach Salamtaktik zu informieren, begegnen, indem man die Daten in der Breite zur Verfügung stellt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Ellerbrock, Ihre Redezeit neigt sich langsam dem Ende zu.

Holger Ellerbrock (FDP): Okay.

Für mich ist klar: Es ist Ihre Aufgabe, sich vor die Polizei zu stellen. Aber noch wichtiger ist die Aufgabe, ehrlich aufzuklären, damit zukünftiger Schaden abgewendet werden kann. Die Polizei hat es verdient, dass man ehrlich mit ihr umgeht und sich nicht hinter ihr versteckt. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Düker.

Frau Kollegin Düker, für Sie gilt dasselbe wie für Ihre Vorredner: Sie können die Redezeit nicht sehen, aber ich sage Ihnen, wenn sie sich dem Ende zu neigt.

Monika Düker (GRÜNE): Danke. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine persönliche Bemerkung vorweg: Frau Conrads, ich finde es völlig in Ordnung, dass Sie eine Aktuelle Stunde zu dem Vorgang beantragt haben. Ich finde aber die Unterstellungen in Ihrem Antrag zu der Aktuellen Stunde nicht in Ordnung. Es wird unterstellt, die Regierung habe das Parlament nicht ausreichend informiert und habe ihm vorhandene Informationen verweigert.

Herr Engel sprach sogar von Tricksen, Täuschen und Tarnen.

Der heutige Schlagabtausch einiger Akteure ist in Anbetracht der Situation und besonders der Opfer unwürdig.

Jetzt zu den Fakten und zu dem Vorwurf der fehlenden und verweigerten Information: Ich habe die Fragestunden zu diesem Thema im Innen- und im Rechtsausschuss sehr ausführlich nachvollzogen. Der Innenminister und der Inspekteur der Polizei Wehe haben nach meiner Auffassung mit größtmöglicher Offenheit auf alle Fragen, die gestellt wurden – und wir haben wirklich einige Stunden damit verbracht –, geantwortet und den aktuellen Informationsstand wiedergegeben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es wurde vom Innenminister ausdrücklich nicht ausgeschlossen, dass die Polizei Fehler gemacht hat – von den anderen Akteuren allerdings sehr wohl.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir hatten die Akteure von allen drei Seiten gebeten, uns Parlamentariern im Innenausschuss zur Verfügung zu stehen. Der Duisburger OB Sauerland war mit seinen Rechtsanwälten da und hat im Ausschuss dezidiert vortragen lassen, dass die Stadt keine Schuld trifft. Der Inspekteur der Polizei und der Innenminister – entsprechende Zitate sind vorgetragen worden – haben zu dem Zeitpunkt ausdrücklich gesagt: Bei einer solchen Großveranstaltung können Fehler nicht ausgeschlossen werden. – Das haben die Vertreter der Stadt Duisburg nicht getan.

Und was macht der Veranstalter Lopavent? Er schickt zwei Rechtsanwälte in die erste Runde des Ausschusses, weist alles von sich, gibt kaum Auskunft und verweigert auf schriftliche Anfragen von Ausschussmitgliedern jegliche Antwort. Am folgenden Montag lesen wir im „Spiegel“ dann Interviews mit Herrn Schaller und seinem Crowd-Manager. Gleichzeitig weigern sie sich, auch einmal hier im Parlament mit den Parlamentariern zu sprechen und ihnen Rede und Antwort zu stehen.

Außerdem war der Innenminister zu keinem Zeitpunkt Herr über die Informationen. Das wissen Sie doch, Herr Biesenbach; es gibt doch genug Juristen in Ihren Reihen. Herrin über die Freigabe der Informationen war und ist die Staatsanwaltschaft – nicht der Innenminister. Wir haben die Einsatznachbereitung sowie die Protokolle angefragt. Noch kurz vor den Sitzungen von Rechtsausschuss und Innenausschuss gab es vonseiten der beiden Minister die Anfrage an die Staatsanwaltschaft, ob diese Berichte freigegeben werden können.

(Minister Ralf Jäger: In nichtöffentlicher Sitzung!)

Die Antwort lautete in beiden Fällen nein.

Warum machen die Staatsanwälte das denn, Frau Conrads? Das wird jetzt als Tricksen und Täuschen dargestellt.

(Anna Conrads [LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

Es geht doch aber nicht darum, böswillig die Aufklärung zu verweigern,

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das hat Frau Conrads nicht gesagt!)

sondern um die Gefährdung des Ermittlungszwecks. Nur dann darf – und muss – die Staatsanwaltschaft Auskünfte verweigern.

(Beifall von den GRÜNEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Denn was steckt denn hinter der Gefährdung des Ermittlungszwecks? – Es geht um die Rechte der Beschuldigten, die gewahrt werden müssen. Das ist doch ein hohes Gut in unserem Rechtsstaat.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es geht außerdem um die mögliche Beeinflussung von Zeugen, wenn Informationen in einem sehr frühen Stadium der Ermittlungen weitergegeben werden. Das sind doch alles wichtige Dinge, Herr Biesenbach, wenn man ein ernsthaftes Interesse an einer Aufklärung hat.

An die Adresse von Frau Conrads: Wenn die Staatsanwaltschaft sagt: „Zu diesem Zeitpunkt befürchten wir eine Beeinflussung von Zeugen“, können wir doch nicht sagen: Das interessiert uns nicht, wir wollen die Infos trotzdem!

(Beifall von den GRÜNEN)

An der Stelle haben wir doch ein ernsthaftes Interesse, dieses Verfahren nicht zu stören. Deswegen sind die Informationen nicht weitergegeben worden, nicht weil der Herr Innenminister meinte, irgendwie irgendetwas verbergen zu wollen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Düker, Ihre Redezeit.

Monika Düker (GRÜNE): Für mich gelten die rechtsstaatlichen Prinzipien einer unabhängigen Justiz.

Herr Laschet – der jetzt nicht mehr da ist –, auf diese Argumentation, die einer meiner Vorredner vorgetragen hat, gab es von ihm den Zwischenruf: „Der“ – damit war der Innenminister gemeint – „hat die Staatsanwaltschaft nicht im Griff.“

Ich muss – mit Verlaub – sagen: Das ist ein wirklich grenzwertiger Zwischenruf, hinterfragt man einmal, welches Rechtsstaatsverständnis dahinter steht!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Bei der Aufarbeitung dieser furchtbaren Katastrophe bleiben zwei Fragen für mich offen und stehen zur Beantwortung an: Was war – diese Frage ist auch

ursächlich – der Grund dafür, dass an der einen Stelle – es war schon zu dieser schwierigen Situation gekommen – eine Polizeikette gemacht wurde – das war am Eingang zum Veranstaltungsgelände –, aber an der anderen Stelle – statt die Schleusen zu schließen, damit nicht noch mehr Menschen nachdrängten – die Schleusen geöffnet wurden?

Wir haben heute erfahren, dass die Staatsanwaltschaft dazu sagt: Wir wissen noch nicht, wer diese Anweisung gegeben hat. Das war ein Ordner, der sagt, er habe es auf Anweisung eines Polizeibeamten gemacht, der aber noch nicht ermittelt werden konnte.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Düker!

Monika Düker (GRÜNE): Auf eine wirklich ursächliche Frage, wie das Unglück zustande kommen konnte, haben wir leider noch keine Antwort. Das liegt aber nicht daran, dass Informationen verweigert werden, sondern das liegt daran, dass einfach nicht klar ist, wie es zu dieser fatalen Entscheidung kommen konnte.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Düker!

Monika Düker (GRÜNE): Es gibt eine zweite Frage, die auch immer noch nicht beantwortet worden ist: Hätte die Veranstaltung überhaupt stattfinden dürfen? Hätte sie genehmigt werden können? Hat die Genehmigungsbehörde wirklich alles getan, um eine ordnungsgemäße Genehmigung zu erteilen?

Jetzt kommen wir zur Schlussfrage. Ich muss wirklich sagen: Das müssen Sie von der Opposition entscheiden, Herr Biesenbach: Hat das Parlament diese Fragen zu entscheiden? Oder haben wir bei der Staatsanwaltschaft einen Ermittlungsstand, von dem wir sagen, dass anständig ermittelt wird und diesen Fragen weiter nachgegangen werden muss; das überlassen wir der Justiz.

Oder misstrauen wir der Justiz in der Situation? Frau Conrads, das ist ein Misstrauensantrag gegenüber der Justiz, den Sie zwar stellen können; aber dann müssen Sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem entsprechenden Auftrag stellen

(Horst Engel [FDP]: Machen wir!)

– Herr Engel, machen Sie es –, der sagt: Diese Fragen muss das Parlament entscheiden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Düker!

Monika Düker (GRÜNE): Ich habe zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Standes der Ermittlungen kei-

nen Anhaltspunkt für Misstrauen gegenüber der Staatsanwaltschaft. Dort wird ordentlich gearbeitet.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Düker, ich möchte Ihnen nicht unbedingt in dieser Debatte das Wort entziehen! – Danke.

Monika Düker (GRÜNE): Wenn Sie Anhaltspunkte haben, tragen Sie sie vor.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Als Nächstes hat der Kollege Biesenbach das Wort für die CDU-Fraktion.

Peter Biesenbach (CDU): Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko hat mich aufgefordert, hier etwas richtigzustellen. Lieber Herr Stotko, inhaltlich ist nichts richtigzustellen, sondern ich kann Sie nur immer wieder auffordern zuzuhören, aber richtig.

Ich habe hier angekreidet, dass der Minister gegangen ist, ohne informiert gewesen zu sein.

(Thomas Stotko [SPD]: Nein, nein, nein! – Minister Ralf Jäger: Sie haben gesagt, da gab es schon Tote!)

– Natürlich gab es vorher schon Tote!

(Minister Ralf Jäger: Unglaublich!)

Alle diejenigen, die meinen, das sei anders gewesen, schauen einmal in das Protokoll. Ich will das aber gerne wiederholen. Der Minister ist zu einem Zeitpunkt gegangen, als längst schon Menschen tot waren, obwohl Minuten dazwischen waren, die ausgereicht hätten, ihn zu informieren.

Das war nicht um 16:42 Uhr oder 16:48 Uhr. Wann ist er gegangen? – 17:05 Uhr! Ist daran etwas falsch? Wollen Sie das bestreiten? Lassen Sie uns doch nachsehen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Es geht um den Zusammenhang, den Sie aufbauen! Das ist ganz unterste Schublade! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ganz simpel ausgedrückt: Natürlich ist die Kommunikation unterblieben. Natürlich ist doch unbestreitbar, dass der oberste Chef der Polizei sofort Bescheid wissen muss, wenn sich etwas tut. Wenn Sie wollen, können wir das alles anhand von Fakten darlegen. Das stand unter anderem auch alles in diesem Artikel. Das haben wir aber auch alles im Innenausschuss geklärt.

Ich will weitermachen, damit Sie das auch überkriegen, Herr Stotko: Der empörungspolitische Sprecher Ihrer Fraktion passt nicht zu Ihnen. Denn wer die Hände selber voller Dreck hat zum Werfen, der taugt

nicht dazu, diese Methode hier anzumahnen. Das ist die Situation.

Was Sie gerade gegenüber dem Kollegen Laschet anzuprangern versuchen, ist nichts anderes, als dass Herr Laschet deutlich gemacht hat, dass natürlich darin ein Dienstvergehen liegt, wenn man Akten, die nicht öffentlich sind, plötzlich in der Öffentlichkeit wiederfindet.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist ein ganz geschickter Rettungsversuch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Körfges, wir haben das alles schon einmal in einem Zusammenhang erlebt, als sich ein SPD-Justizminister dafür entschuldigen musste und auch die Größe hatte, das zu tun. Ich erinnere an die Affäre „Pofalla“. Alles Methode! Alles gleiche Geschichte!

Damit keiner auf die Idee kommt, ich wollte Justizschelte betreiben:

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

– Das Schöne ist, Frau Kollegin, dass Sie leider immer auch eine Differenzierung ablehnen. Dazu müsste man dann ja etwas sagen.

Ich habe den Justizminister im letzten Rechtsausschuss aufgefordert, das Verfahren Krefeld einer anderen Staatsanwaltschaft zu übertragen. Das geschah deshalb, weil wir der Auffassung sind, dass das aus zwei Gründen zu erfolgen hat: weil wir zum einen nicht mehr glauben, dass die StA, die wir angesprochen haben, unvoreingenommen ist. Deshalb soll er sie – zum Zweiten – davor schützen, in Verdacht zu geraten.

(Nadja Lüders [SPD]: Ach so!)

Sie brauchen das Theater, das sei etwas gegen den Rechtsstaat, gar nicht groß aufzuführen. Das ist völliger Unsinn! Die Staatsanwaltschaft ist gerade nicht in diesem Sinne der gesetzliche Richter, sondern es besteht eine Chance.

Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, dem Justizminister zu sagen, dass uns hier die Arbeit der Staatsanwaltschaft Duisburg ausgesprochen gut erscheint. Die hat nämlich den Mut, wirklich reinzugehen. Das ist das, was wir eigentlich erwarten. Das können Sie weitergeben.

Wenn Sie bereit dazu sind, differenziert mit uns zu denken, werden wir uns auch einig. Wenn Sie sagen: „Brauchen wir nicht, weil uns das nicht gefällt!“, werden wir uns nie einig werden.

Zweiter Bereich! Sie fragen, warum wir Innenminister Jäger attackieren. Ganz einfach: nicht, weil wir hier vorverurteilen wollen

(Zuruf von der SPD: Nein?)

– da waren andere schneller, keine Sorge –, sondern weil wir sein Verhalten kritisieren. Wer hat sich

denn von Anfang an mit breiten Armen hingestellt und überhaupt nichts gesagt? Ich habe es vorgelesen: „Eine Schande!“

Ich will zwei weitere Beispiele aus einem Protokoll vom 1. Dezember sinngemäß zitieren: Ein Inspekteur – sagte der Minister seinerzeit – habe ausgeführt, bei der Love-Parade habe es zu keinem Zeitpunkt an Einsatzkräften der Polizei gemangelt.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Natürlich zitiert er den Inspekteur, Frau Ministerpräsidentin, weil er doch selbst gar nicht in die Sitzungen hineingeht. Das ist nicht seine Art. Um Fakten kümmert er sich nicht. Er braucht immer andere.

(Zurufe von der SPD: Frechheit! Das fällt alles auf Sie zurück!)

Eine zweite Situation vom selben Tag: Der Polizeiinspekteur – er bezieht sich wieder darauf –, aber auch das Polizeipräsidium Duisburg sind der Auffassung, dass es zu keinem Zeitpunkt einen Mangel gegeben habe und dass sie im Übrigen dort gar keine Aufgabe gehabt hätten. – Das ist das, was wir kritisieren: zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft, die Dinge wirklich zu debattieren, und jetzt plötzlich feststellen, dass die Wahrheit ihn auch hier einholt. Das ist die Situation! Und das ist die Methode, zu der wir sagen: So geht es nicht!

(Beifall von der CDU – Gordan Dudas [SPD]: Wahrheit? Das Wort kennen Sie doch gar nicht!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Biesenbach, Sie achten bitte auf die Zeit.

Peter Biesenbach (CDU): Ich will eine letzte Bemerkung machen, warum wir bis jetzt noch keinen PUA beantragt haben.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die Antwort ist ganz einfach. In diesem „Spiegel“-Artikel können Sie auch lesen, dass die Staatsanwaltschaft eine wahre Sisyphusarbeit zu leisten hat: Sie hat mehr als 2.500 Zeugen vernommen. Meine Damen und Herren, wenn ein PUA eine solche Arbeit leisten müsste, bräuchte er dafür ein Jahrzehnt! Lassen Sie uns doch abwarten, was herauskommt, und dann entscheiden wir.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Die Ermittlungsarbeit, die die Staatsanwaltschaft jetzt leistet, Herr Kollege Körfges, geht dort viel schneller und ist, wie wir aus Duisburg wissen, hervorragend. Lassen Sie uns doch abwarten, bis wir die Ergebnisse haben. Dann können wir ganz simpel entscheiden, was wir politisch daraus machen.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Nur, bei der Politik dieser Landesregierung wird es noch Jahre dauern, bis sie sagt: Ich gebe euch den Bericht. – Das ist der Punkt, an dem wir etwas ändern wollen. Darüber sind wir uns mit vielen in diesem Hause einig.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da ist der Antrag schneller!)

Gehen Sie doch den Weg mit, legen Sie die Akten offen, lesen Sie sie nicht auszugsweise vor, sondern zeigen Sie sie, legen Sie die Fakten auf den Tisch! Und dann debattieren wir gemeinsam weiter.

(Beifall von der CDU – Nadja Lüders [SPD]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Frau Kollegin Conrads das Wort. Frau Conrads beschließt für den Kreis der Abgeordneten die dritte Runde. Wie es dann weitergeht, sage ich gleich.

Anna Conrads (LINKE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will nur ganz kurz auf Frau Düker eingehen, weil ich davon ausgehe, dass ich entweder immer noch nicht verstanden worden bin oder dass sie mich nicht verstehen will.

Erstens. Frau Düker hat mir ein falsches Zitat in den Mund gelegt. „Täuschen und Tricksen“ kam nicht von mir.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Das haben Sie aber in meine Richtung gesagt.

Zweitens. Ich habe überhaupt nicht abgestritten, dass Innenminister Jäger Fehler vonseiten der Polizei eingeräumt hat, aber es geht um größere Fehler. Es wurde gesagt, es ist nicht auszuschließen, dass es auch bei der Polizei Fehler gab. Aber dieses Ausmaß, was das jetzt annimmt ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Das entscheiden doch nicht Sie! Das entscheidet ein Richter!)

Frau Düker, es geht um das unerträgliche Vonsichweisen aller drei beteiligten Gruppen im Innenausschuss. Sie alle haben den Großteil der Verantwortung von sich gewiesen. Über den Veranstalter, über die Performance mit den Anwälten brauchen wir gar nicht zu reden. Und die Stadt hat auch einen sehr traurigen Auftritt geliefert. Das stimmt.

(Zuruf)

– Ja. Ich stelle nur richtig, dass ich nicht gesagt habe, dass der Herr Minister nie gesagt hat, dass es Fehler gegeben hat. Das wollte ich einfach einmal klarstellen, weil ich hier falsch wiedergegeben werde.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Der Einzige, der was gesagt hat!)

Drittens. Ich habe die Justiz an keiner Stelle kritisiert. Im Gegenteil: Ich schließe mich Herrn Biesenbach da ein Stück weit an. Aber ich kritisiere – und das ist auch mein gutes Recht – die Informationspolitik der Landesregierung.

(Beifall von der LINKEN – Monika Düker [GRÜNE]: Das ist die der Staatsanwaltschaft!)

– Nein, das ist nicht nur die der Staatsanwaltschaft. Wenn es heute auf unser Drängen hin möglich gewesen ist, uns Auszüge vorzulegen, die unproblematisch sind und den Ermittlungserfolg nicht gefährden, dann frage ich mich, warum das nicht früher möglich war. Der Bericht liegt seit Januar vor. Das ist die Frage, die ich gestellt habe.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich höre zu, Frau Kraft. – Ich weiß natürlich, warum Sie das hier alles abziehen. Aber es muss unser gutes Recht bleiben, nachzubohren und immer weiter dranzubleiben, damit auch wir diese Informationen bekommen. Das lasse ich mir auch von Ihnen nicht nehmen, Frau Düker. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Damit haben wir jetzt drei Runden in der Aktuellen Stunde abgeschlossen. Die beiden einzigen Fraktionen, die jetzt noch einmal jeweils fünf Minuten Redezeit haben, sind die von CDU und SPD. Mir liegen aber bisher keine weiteren Wortmeldungen vor. – Das bleibt auch so. Damit sind wir am Ende der Beratung in der Aktuellen Stunde. Ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

2 Sechstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (6. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1915

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kaiser das Wort. – Ich will die Fraktionen wegen des langen Plenartages darauf hinweisen, dass wir bereits jetzt eine halbe Stunde im Verzug sind. – Herr Kollege Kaiser.

(**Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis**)